

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 15042.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. - Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslands angenommen. - Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. - Interesse kosten für die Zeitung.

1885.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Mannheim, 20. Januar. (W. T.) Guten Vernehmen nach ist festgestellt worden, daß der gestern in Hockenheim verhaftete Schreiner gefestigt ist, an dessen innerer Handfläche eine etwa acht Tage alte Schnittwunde sich befindet, sich vor acht Tagen in Frankfurt aufgehalten hat. Damit wird der Verdacht erweckt, daß derselbe an der Ermordung Rumpffs befreit ist.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Mannheim, 19. Januar. Wie die "Bad. Landes-Zeitung" meldet, wurde heute Nachmittag in Hockenheim ein ohne Legitimationsspäpere bestossener Handwerksbursche verhaftet, welcher bei seiner Verhaftung auf den Gendarmen einen Revolver schuß abfeuerte. Der Attentäter wurde nach Mannheim transportiert, macht über seine Persönlichkeit zweifelhafte Angaben und verweigert im Uebrigen jede nähere Auskunft. Es wurden bei ihm Patronen und größere Geldsummen vorgefunden.

Wien, 19. Jan. Der Kaiser hat, wie die "Polit. Correspondenz", dem Könige und der Königin von Spanien anlässlich der Erdbeben in Spanien telegraphisch sein Bedauern ausgesprochen und 20 000 Frs. für die durch die Erdbeben heimgesuchten gespendet.

Paris, 19. Jan. Auf der italienischen Grenze vom Mont Cenis liegt 2 Meter hoher Schnee. Die Eisenbahnverbindung ist auf mehrere Tage unterbrochen.

New York, 19. Januar. Das Krankenhaus der Irrenanstalt in Rockford (Illinois) ist niedergebrannt, wobei 17 Kranken umgekommen sind.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Januar. Herr v. Fischer, der nationalliberale Abgeordnete für Ulm, hat entschieden das Bestreben, den Mangel an Liberalismus in seiner politischen Richtung durch ein übermäßiges Herwurken der nationalen Seite zu verdecken, ein Bestreben, wie es seit längerer Zeit ja an allen Ecken seiner Partei beobachtet werden konnte. Er war es denn auch, der in der gestrigen Debatte des Reichstages der an sich wenig belangreichen Frage nach der Errichtung einer Unteroffizierschule in Neubreisach absolut den Stempel einer greller nationalen Freizeit aufdrückt. In seinem nationalen Eifer versteigerte sich zu der Behauptung, "daß man in Frankreich die Bewilligung dieser Position als einen Maßstab für die Festigkeit des Entschlusses, Elsass-Lothringen festzuhalten, betrachten werde." Diese maßlose Übertriebung fiel um so mehr auf, als selbst vom Regierungssitz und von Seiten des Feldmarschalls Moltke aus die Position in rein sachlicher Weise vom rein ökonomischen und militärischen Standpunkte aus behandelt worden war. Die energische Zurückweisung, die der überzeugte Herr v. Fischer durch die Abg. Richter und Windthorst erfuhr, war eine wohl verdiente; er wurde von dem ersten der Sache nach gründlich widerlegt und wegen der Form seiner Rede erhielt er von dem letzteren eine Abfertigung, wie sie nach den persönlichen Verdächtigungen, die Herr v. Fischer auszustreuen beliebte, durchaus am Platze war. - Selbst zugegeben, daß die geforderte Errichtung der Unteroffizierschule nützlich ist - daß sie durchaus nothwendig sei, hat Niemand nachgewiesen, und daher mußte sie den bei unserer Finanzlage so überaus nothwendigen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen, ebenso wie die Kaserne in Danzig u. a. m.

Drei Stunden vorher hatte am anderen Ende der Leipziger Straße im preußischen Abgeordnetenhaus die Debatte über die preußischen Finanzen begonnen. "Wenn man's so hört, müßt's leidlich scheinen", könnte man nach der Rede des Finanzministers sagen, wenn nur nicht gleich hinterher durch den Abg. Richter das von dem Hrn. v. Scholz gezeichnete Bild erst das richtige, der Wirklichkeit entsprechende Colorit erhalten hätte.

Ein Punkt verdient aus dieser Staatsberathung besonders hervorgehoben zu werden. Der Abg. Richter erinnerte daran, daß der ersten Vorlage wegen Erhöhung des Holzzolls eine Staatsrede des Finanzministers v. Scholz vorherging, in welcher die sinkenden Einnahmen aus Holz im preußischen Forststatat als Beweis für die Nothwendigkeit des Schwabes des deutschen Waldes angeführt wurden. Der Reichstag hat sich durch dieses Argument nicht bestimmen lassen und, wie sich jetzt zeigt, mit vollem Recht. In dem Staatsjahr 1883/84 hat die Einnahme aus Holz 1 853 000 Mark mehr eingebracht, als im Etat veranschlagt war, und nach den Erklärungen des Finanzministers ist im Jahre 1884/85 sogar ein Überschuss von 3 Millionen Mark zu erwarten. Lediglich "durch eine bessere Ausnutzung der Nutzholzbestände" ist, wie in dem Etat angegeben wird, dieses erfreuliche Resultat erzielt worden, d. h. auf dem Wege, auf den bei der Berathung der Holzzollvorlage von Seiten der Gegner derselben hingewiesen worden ist. Unter diesen Umständen muß es dahingestellt bleiben, ob die noch erheblich stärkere Erhöhung der Holzzölle, wie sie neuertags im Bundesrat beantragt worden ist, noch mit andern Gründen motiviert werden kann als damit, daß in dem neuen Reichstage zu einem zollpolitischen Handelsgeschäft bessere Aussichten vorhanden seien als in dem früheren.

Über den Börsesteuerantrag des Abg. Döchelhäuser sind die Berathungen in der nationalliberalen Fraktion noch immer nicht zum Abschluß gelangt, da eine Einigung über wesentliche Punkte, namentlich die Steuerscalä nicht hat erzielt werden können. Ein Theil der Fraktion ist der Ansicht, daß nach den in Rede stehenden Vorschlägen die Börse nicht genug blühen müsse. Bei den bisherigen Berathungen sind die Bedenken, welche gegen die Unklarheit der Fassung des Gesetzes erhoben worden sind, beseitigt. Von sachverständiger Seite

wird übrigens versichert, daß die Steuer nach der vom Abg. Döchelhäuser vorgeschlagenen Scala einen sehr erheblichen Ertrag in die Reichskasse liefern werde.

Unter dem Titel "Deutsche Landreclamationen auf den Tidji-Inseln" ist, wie wir heute Morgen schon kurz telegraphisch mitgetheilt haben, ein neues Weißbuch dem Reichstage zugegangen. Die in demselben veröffentlichten Akten umfassen einen zehnjährigen Zeitraum. Der Ausgangspunkt ist die Besitzergreifung der Tidji-Inseln seitens Englands am 31. Oktober 1874 und die vom Gouverneur Sir Henri Rawlinson erlassene Verordnung, der zufolge Klagen über Schuldforderungen, welche vor dem 1. Januar 1871 entstanden waren, von den Gerichten nicht anerkannt werden sollten. Zur Beurtheilung der englischen Colonialpolitik ist es nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß während der ersten 6 Jahre der Verhandlungen die Tory-Partei in England am Ruder war, an deren Stelle 1880 Gladstone und Granville traten. Während der Verwaltung Lord Salisbury's schleppten sich die Verhandlungen über die deutschen Reclamationen mühsam fort. Allgemeine Versprechungen, die aber nur halb oder gar nicht gehalten werden, spielen die Hauptrolle, bis endlich am 26. Juni 1883 Lord Granville die deutschseits erhobenen Ansprüche für unerfüllbar erklärt. In Folge einer energischen Reclamation der Reichsregierung beginnt alsdann ein neues Zwischenspiel, in dem Lord Granville seinen guten Willen bekräftigt, aber den Widerspruch des Colonialists hervorhebt. Diesem Interesse macht der Reichskanzler am 18. Oktober 1883 ein Ende mit der Erklärung, er wünsche die Absicht der englischen Regierung, nicht diejenige des Colonialists kennen zu lernen. Von da an beginnt der Rückzug der englischen Regierung, die sich am 19. Juli 1884 bereit erklärt, durch eine gemischte Commission die deutschen Ansprüche untersuchen und das Resultat zur Entscheidung der beiderseitigen Regierungen stellen zu lassen. Deutcherseits wird der Generalconsul in Sidney, als Commissar bezeichnet; der englische Commissar scheint auch jetzt noch nicht ernannt zu sein.

Zimmerhin ist der Versuch Englands, die Landkäufe nicht-englischer Unterthanen durch einen Februar zu befehligen, als geschlittert zu betrachten. Die englische Presse mag geneigt gewesen zu sein, Gladstone einen Vorwurf aus seiner Nachgiebigkeit zu machen; vom deutschen Standpunkt aus muß man aber einräumen, daß in der Wissmachung der Rechte der Deutschen auf den Tidji-Inseln das geprägte deutschfreundliche Ministerium Beaconsfield-Salisbury die Initiative ergriffen hat, während das Ministerium Gladstone-Granville die Berechtigung der deutschen Ansprüche hat anerkennen müssen.

Wie das österreichische handelspolitische Journal "Die Kammer" aus besserer Quelle erfährt, bereitet das österreichische Handelsministerium auf Grund der letzten Beschlüsse der österreichisch-ungarischen Zollkonferenz eine Modification des Zolltarifs in jenen Positionen vor, welche hauptsächlich für Artikel des französischen Imports in Betracht kommen. Diese Modification soll in Form einer Novelle zum allgemeinen Zolltarif den Parlamenten beider Reichshäfen vorgelegt werden. Die Regierungen Österreich-Ungarns hätten sich also wirklich entschlossen, Repressalien gegen Frankreich zu ergreifen. Die "N. Fr. Pr.", der wir dieses entnehmen, fügt hinzu:

"Ist dies schon an und für sich bedauerlich, weil durch die Etablierung von Kampfzöllen unsere gesammten wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich gefährdet sind, so erscheint die Bedeutung einer solchen Action noch größer angesichts der bevorstehenden Zoll erhöhungen in Deutschland. Werden die Regierungen Österreich-Ungarns diese Maßnahmen Deutschlands ruhig hinnehmen, wenn sie diefe Maßnahme Frankreichs mit einer Repression beantworten? Oder sollten die Repressionsfälle eventuell auch gegen Deutschland in Kraft treten?"

Die neue schutzzöllnerische Bewegung, welche seit einigen Jahren durch eine Reihe von Staaten geht, nahm ihren Ausgang gerade von Österreich. Dort

war die Bewegung schon seit 1876 im Fluß und sie führte zu dem Zolltarif von 1878, der wieder den Anstoß zu dem deutschen Zolltarif von 1879 gab. In Österreich calculierte man bei Beginn der Bewegung, Österreich werde einen Vorteil haben, wenn es allein seine Zölle erhöhe. Man setzte voraus, daß alle übrigen Staaten bei ihren bisherigen Tarifen bleiben würden. Nun haben aber alle Staaten rund um Österreich-Ungarn ihre Tarife erhöht, teilweise in noch höherem Maße als Österreich, und dies kommt, da es jetzt rundum von Schutzzollstaaten umgeben ist, gerade am schlechtesten weg. Es ist eine alte Erfahrung, daß diejenigen, welche zuerst von dem richtigen wirtschaftlichen Wege abweichen, schließlich am schwersten von den Folgen ihrer Fehler getroffen werden.

Die in Holland drohende Ministerkrise ist wieder behoben. Nach einer aus dem Haag eingegangenen Meldung hat der König erklärt, daß er keine Gründ habe, die Demission des Ministeriums anzunehmen. Dasselbe wird daher im Amte verbleiben.

Dagegen ist in dem mit Holland durch Personalunion vereinigten Luxemburg die Ministerkrise noch nicht beseitigt. Der Präsident der Kammer hat gestern die Abgeordneten benachrichtigt, daß in Folge davon keine Angelegenheit zur Berathung in öffentlicher Sitzung vorliege und die Sitzungen daher bis zu einer weiteren Einberufung ausgezögert werden.

Die bei der gestrigen Eröffnung des schwedischen Reichstags vom König verlesene Thronrede kündigt unter anderem folgende Gesetzentwürfe an: betreffend Einführung eines neuen Staatsdepartements für Handel, Industrie und Ackerbau, betreffend Ausdehnung der Verpflichtung zu den militärischen Übungen, Entwicklung des Marine-

wesens, definitive Regelung der Gehälter für Volkschullehrer. Das Budget ist unter Voraussetzung einer Absehung von 30 Prozent der Grundsteuer aufgestellt. Neue Steuern oder eine Steuererhöhung sind nicht beantragt.

Der englische Cabnetsrath wird heute zusammenentreten, um die französischen Gegenwartslage über die ägyptischen Finanzen zu berathen; betreffs derselben bemerkt die "Times", die von Frankreich offerten Concessions seien mit Bedingungen verknüpft, welche die englische Regierung nicht annehmen könne; die "Times" bezweifelt, ob das Project einer internationalen Enquête selbst in abgedeckter Form für England annehmbar sein würde. Endlich will die "Times" erfahren haben, daß die Mächte England die Abhaltung einer Conferenz zum Zwecke der Neutralisirung des Suezcanals vorschlagen hätten.

Das Journal "Le Monde" erklärt die gestern vom "Figaro" gebrachten Gerüchte von einem Bruch zwischen Frankreich und dem Vatican formell für unbegründet und hebt hervor, das nächste Consistorium sei speziell dazu abberaumt worden, um die neuen französischen Bischöfe zu protokoliren. Das Blatt hält es auch nicht für unmöglich, daß die Frage wegen der 3 französischen Cardinale dem nächsten Consistorium vorgebracht werden wird.

Wie es in Paris heißt, wird der Kriegsminister Lewal der Kammer einen Gesetzentwurf unterbreiten betreffend eine Mobilisierung im kleineren Maßstabe. Nach demselben sollen die in Tongking stehenden Bataillone durch Freiwillige aus der activen Armee, welche mindestens ein Jahr lang gedient haben, completirt werden. Die auf diese Weise entstehenden Kunden in der Armee sollen durch die entsprechende Anzahl junger Leute aus der Kategorie der zur Disposition des Kriegsministers Gestellten ausgestellt werden.

Von dem General Briere de l'Isle, dem Obercommandirenden in Tongking, ist eine Depesche eingelaufen, die zwar keine Siegesbotschaft enthält, aber constatirt, daß die Lage der Truppen eine gute und der Gesundheitszustand vorzüglich sei. Über den Admiral Courbet, den Befehlshaber des in den Gewässern von Formosa operirenden Geschwaders, war gestern an der Pariser Börse das Gericht verbreitet, er hätte eine Niederlage erlitten. Die officielle "Agence Havas" bezeichnet doch dieses Gericht als unbegründet. Zimmerhin scheint man einigermaßen in Sorge vor der Action des chinesischen Geschwaders zu sein, welches, wie gestern erwähnt wurde, sich zur Sprengung der Blockade von Formosa anschickt.

Abgeordnetenklaus.

3. Sitzung vom 19. Januar.

Erste Lesung der Eisenbahnhvorlage, durch welche der Erwerb der Braunschweigischen und Schleswig-Holsteinischen sowie der Münster-Emscheder und der Halle-Sorau-Gebiete beantragt wird.

Abg. Büchtemann: Meine politischen Freunde stehen der Vorlage im Ganzen günstig gegenüber und haben gegen sie keine prinzipiellen Bedenken. Der Prinzipientreit, ob Verstaatlichung oder nicht, kann bei dieser Gelegenheit füglich ruhen. Unter den obwaltenden thürändischen Verhältnissen sei der Erwerb der vorgeschlagenen Bahnenstrecken, sowie der Abschluß der Verträge mit Braunschweig wegen der beiderseitigen Eisenbahnbbezüge eine zwingende Nothwendigkeit. Redner billigt es, daß die Regierung zur Verwaltung und zum Betriebe der Braunschweiger Bahn, der Schleswigschen Bahn und der Münster-Emscheder Bahn ermächtigt werde.

Auf den Antrag v. Wedell's-Malschow wird die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Etats.

Finanzminister v. Scholz: Während das verschlossene Jahr im Reiche mit einem geringen Deficit abgeschlossen, hat sich für Preußen ein Überschuss von 20 Mill. ergeben, wovon allerdings über 19 Millionen zur Liquidation der Eisenbahnhöfe verwendet sind, so daß nur 600 000 M. dem nächsten Jahre zu Gunze kommen. Mehr Einnahmen ergab besonders die Forstverwaltung um 3 Mill., die directen Steuern um 1 900 000, die sich aus den Einkommenen ergeben. Am Gerichtsstofen und Stempelstofen ergab sich ein Ausfall von über 4 Mill. Die Eisenbahnen brachten einen Überschuss von 17 Mill. Bei den Dotationsen, namentlich für die öffentliche Schule, ergaben sich Mehr-Ausgaben: bei der allgemeinen Finanzverwaltung entstand in Folge der Minder-Einnahme aus der Tabaksteuer ein Ausfall von 4 Mill. Beim Etat der Staatsverwaltung ist eine Erhöhung von 300 000 Mark möglich gemacht, ebenso liegen sich 290 000 M. beim Extraordinarium ersparen. Es läßt sich also auf das verschlossene Jahr ebenso mit Befriedigung zurückblicken, wie auf das Jahr 1882/83. Was das bewirkende Jahr anbelangt, so läßt sich aus der Rübensteuer ein Deficit von 40 Millionen Mark im Reiche bei der Forstverwaltung ein Überschuss von 3 800 000 M. für Preußen voraussehen. Dieser Überschuss würde sich bei einem weiter ausgebildeten Schutzzoll noch erhöhen. Aus der directen Steuer erwartet man einen Überschuss von 2 1/2 Mill., von der indirekten Steuer einen solchen von 3 1/2 Mill., endlich von den Stempelstofen einen Überschuss von 1 Mill., während bei den Gerichtsstofen eine Minder-Einnahme von 500 000 M. voraussehen läßt. Schwierig ist die Berechnung des Überschusses bei den Eisenbahnen, doch kann man auch hier auf eine Erhöhung des Überschusses rechnen. Bei aller Unwissheit dieser Befürchtungen ist doch sicher, daß von keinem Deficit der Rede sein wird, und daß 10 Mill. zur Schuldentlastung verwendet werden können. Diese Schuldentlastung hat mit 12 Mill. pro 1882/83 und mit 19 Mill. pro 1883/84 bereits stattgefunden. Auch für 1885/86 wird die große Mehrforderung für das neue Etat verlangt.

Finanzminister v. Scholz: Während das verschlossene Jahr im Reiche mit einem geringen Deficit abgeschlossen, hat sich für Preußen ein Überschuss von 20 Mill. ergeben, wovon allerdings über 19 Millionen zur Liquidation der Eisenbahnhöfe verwendet sind. (Sehr wahr!) Die Bemerkungen des Ministers über den Forstetat haben deshalb besonders interessant, weil er ja bekanntlich vor 2 Jahren die im Reichstag glücklicherweise abgelehnte Holzzollvorlage vorher hier einzuführen und zu motivieren ver sucht hat mit nichts Anderem als mit einem augenblicklichen Minderertrag der preußischen Forst. Jetzt ist das Bild ein anderes. Solche Gründe können nicht mehr ins Gesetz gebracht werden. Im Jahre 1883/84 waren beim Holzerlös 1 1/2 Millionen mehr eingegangen, im laufenden Jahr sogar 3 Millionen. Es freut uns, daß die im Reichstag früher von uns gewünschte bessere Ausnutzung des Rübenholzes jetzt stattfindet und mit Vortheil für die Staatsfinanzen. Uebrigens hoffe ich immer noch, daß selbst in dem jetzigen Reichstag der viele Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik hat, die Erhöhung der Holzzölle, für welche nicht keinerlei sachliche Grund beibringen kann. Es ist nicht erfreulich, daß man trotz des fast einstimmigen Votums dieses Hauses noch immer nicht für die emeritirten Lehrer das absolut Nothwendige thut. (Sehr wahr!) Die Bemerkungen des Ministers über den Forstetat haben deshalb besonders interessant, weil er ja bekanntlich vor 2 Jahren die im Reichstag glücklicherweise abgelehnte Holzzollvorlage vorher hier einzuführen und zu motivieren ver sucht hat mit nichts Anderem als mit einem augenblicklichen Minderertrag der preußischen Forst. Jetzt ist das Bild ein anderes. Solche Gründe können nicht mehr ins Gesetz gebracht werden. Im Jahre 1883/84 waren beim Holzerlös 1 1/2 Millionen mehr eingegangen, im laufenden Jahr sogar 3 Millionen. Es freut uns, daß die im Reichstag früher von uns gewünschte bessere Ausnutzung des Rübenholzes jetzt stattfindet und mit Vortheil für die Staatsfinanzen. Uebrigens hoffe ich immer noch, daß selbst in dem jetzigen Reichstag der viele Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik hat, die Erhöhung der Holzzölle, für welche nicht keinerlei sachliche Grund beibringen kann. Es ist nicht erfreulich, daß man trotz des fast einstimmigen Votums dieses Hauses noch immer nicht für die emeritirten Lehrer das absolut Nothwendige thut. (Sehr wahr!) Die Bemerkungen des Ministers über den Forstetat haben deshalb besonders interessant, weil er ja bekanntlich vor 2 Jahren die im Reichstag glücklicherweise abgelehnte Holzzollvorlage vorher hier einzuführen und zu motivieren ver sucht hat mit nichts Anderem als mit einem augenblicklichen Minderertrag der preußischen Forst. Jetzt ist das Bild ein anderes. Solche Gründe können nicht mehr ins Gesetz gebracht werden. Im Jahre 1883/84 waren beim Holzerlös 1 1/2 Millionen mehr eingegangen, im laufenden Jahr sogar 3 Millionen. Es freut uns, daß die im Reichstag früher von uns gewünschte bessere Ausnutzung des Rübenholzes jetzt stattfindet und mit Vortheil für die Staatsfinanzen. Uebrigens hoffe ich immer noch, daß selbst in dem jetzigen Reichstag der viele Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik hat, die Erhöhung der Holzzölle, für welche nicht keinerlei sachliche Grund beibringen kann. Es ist nicht erfreulich, daß man trotz des fast einstimmigen Votums dieses Hauses noch immer nicht für die emeritirten Lehrer das absolut Nothwendige thut. (Sehr wahr!) Die Bemerkungen des Ministers über den Forstetat haben deshalb besonders interessant, weil er ja bekanntlich vor 2 Jahren die im Reichstag glücklicherweise abgelehnte Holzzollvorlage vorher hier einzuführen und zu motivieren ver sucht hat mit nichts Anderem als mit einem augenblicklichen Minderertrag der preußischen Forst. Jetzt ist das Bild ein anderes. Solche Gründe können nicht mehr ins Gesetz gebracht werden. Im Jahre 1883/84 waren beim Holzerlös 1 1/2 Millionen mehr eingegangen, im laufenden Jahr sogar 3 Millionen. Es freut uns, daß die im Reichstag früher von uns gewünschte bessere Ausnutzung des Rübenholzes jetzt stattfindet und mit Vortheil für die Staatsfinanzen. Uebrigens hoffe ich immer noch, daß selbst in dem jetzigen Reichstag der viele Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik hat, die Erhöhung der Holzzölle, für welche nicht keinerlei sachliche Grund beibringen kann. Es ist nicht erfreulich, daß man trotz des fast einstimmigen Votums dieses Hauses noch immer nicht für die emeritirten Lehrer das absolut Nothwendige thut. (Sehr wahr!) Die Bemerkungen des Ministers über den Forstetat haben deshalb besonders interessant, weil er ja bekanntlich vor 2 Jahren die im Reichstag glücklicherweise abgelehnte Holzzollvorlage vorher hier einzuführen und zu motivieren ver sucht hat mit nichts Anderem als mit einem augenblicklichen Minderertrag der preußischen Forst. Jetzt ist das Bild ein anderes. Solche Gründe können nicht mehr ins Gesetz gebracht werden. Im Jahre 1883/84 waren beim Holzerlös 1 1/2 Millionen mehr eingegangen, im laufenden Jahr sogar 3 Millionen. Es freut uns

stellen, daß dieses Programm erfüllt ist? (Burk rechts.) Das Sie — rechts — ja sagen würden, das habe ich geglaubt. (Große Heiterkeit.) Aber was so sonnenklar ist, das wissen die Steuerzahler am besten. Sie kennen die Gegenrechnung für die 20 Millionen Erlös Kästensteuer. Je weiter Sie in der Besteuerung notwendiger Dinge gehen, desto stärker treffen Sie die Armeren. Welche Ermäßigungen an direkten Staatssteuern können Sie denn heute noch vornehmen? 21½ Millionen der Bevölkerung zahlen schon jetzt keine Kästensteuer mehr, nur 5½ Millionen sind noch Kästensteuerpflichtig, also nur 20 Prozent. Sie können also nur in Gemeindesteuern etwas entlasten, aber wann? Für die nächste Zeit steht fest, daß Sie mit der Erhöhung der Getreidezölle zu gerade diejenigen Armeren schwer treffen, welche Sie an Staatssteuern keine Erleichterung gewähren können. Was Sie mit der Überweisungspolitik in Aussicht gestellt haben, ist nicht eingetroffen. Die Politik der Verwendungsgesetze hat Schiffbruch gelitten. Zeigt das nicht der gegenwärtige Stat? Wenn Sie die Communen auf die bisherigen Überweisungen vom Reich schon jetzt angewiesen hätten, — was sollte dann jetzt geschehen? Sollte der Finanzminister dann auch eine Auleihe aufnehmen, um die Communen, die vom Reich heut nichts erhalten können, weil es seine Einnahmen selbst in höherem Maße braucht, zu befriedigen? Oder sollten die Communen auf jede Hilfe verzichten? Die Hoffnungen auf Überweisungen vom Reich stehen nicht auf sehr festen Füßen. Der Minister ist davon überzeugt, daß ihm durchaus Hilfe vom Reich werden müsse, denn es habe den Schlüssel zu den indirekten Steuern. Ganz richtig ist das nicht, schon der Finanzminister Camphausen hat darauf hingewiesen, daß ein großes Gebiet — die Stempelabgaben — den Einzelstaaten vorbehalten sei. Die Regierung scheint es aber abzulehnen, Preußen sowohl wie irgend möglich finanziell auf eigene Füße zu stellen. Die jetzige finanzielle Abhängigkeit Preußens vom Reich ist sehr bedeutsam. Gerade darin haben uns die Verhältnisse schneller Recht gegeben als wir erwarteten. Die Fortsetzung der Finanzpolitik kann nur dazu beitragen, die Finanzen der Einzelstaaten und Communen in Bewirrung zu bringen. Meine Herren, wir sind jetzt bald am Ende der Legislaturperiode. Ich bitte die Herren (rechts) einmal einen Rückblick auf die letzten Jahre zu werfen und zu fragen, was Sie zur Erfüllung der vielen hochstehenden Versprechungen gethan haben, mit welchen Sie damals hier in verstärkter Zahl in das Haus eingezogen sind. (Sehr gut! links.) Das Fazit ist klein und summiert, und ich glaube nicht, daß das Land sich zu den Leistungen der jetzigen Majorität gratulieren kann. Ja, Sie haben nicht einmal die Genehmigung, daß die Regierung mit Ihnen zufrieden ist. (Heiterkeit links.) Sie haben am Ende der letzten Session von der jetzt entschlafenen halbmärschischen Provinzialcorrespondenz eine ziemlich schlechte Centur bekommen. Auch bei der Steuerreform hat sich die Unfruchtbarkeit gezeigt. Wir, klein an Zahl und Einfluß auf Ihre Entschließungen, sind doch gewiß unschuldig daran. Sie müssen die Verantwortung dafür voll tragen. Auch in dieser letzten Session werden Sie die auf Sie gelegten Hoffnungen nicht erfüllen, aber ich möchte Sie wenigstens bitten, daß Sie die Regierung nicht noch mehr auf den Weg drängen, daß unsere preußischen Finanzen auf die unsichere Basis schwankender Einnahmen vom Reich gestellt werden, und daß Sie nicht noch mehr zu einer Finanzpolitik drängen, welche die Interessen der ärmeren Klassen zu Gunsten weniger bevorzugter Klassen vorzugsweise schädigt. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Beditz: (freicons.) Mit der Behauptung, daß die preußische Finanzpolitik Fiasco gemacht habe, hat der Vorredner selbst Fiasco gemacht. Die Finanzlage hat sich seit 1877 ganz erheblich verbessert. Würden wir 1879 nicht die Reichssteuerreform gemacht haben, so behauptete ich, daß der preußische Staat dann um 72 Mill. schlechter stehen würde, als er heute steht; wir würden dann unsere direkten Steuern ganz erheblich haben erhöhen müssen. Das haben wir jetzt nicht vermieden, sondern sogar bei der Kästensteuer eine Erleichterung von 23 Mill. herbeigeführt, welche gerade den ärmeren Klassen der Besteuerung zu gute kommt. Die Reichssteuerreform hat alles, was davon erwartet werden konnte, erfüllt. Redner weiß auf die Notlage der Landwirtschaft hin, deren Produkte so niedrig im Preise seien, daß sie trotz der reichen Römer-Ernte des letzten Jahres eine Minderentnahme von einer halben Milliarde gehabt habe. Unter diesen Umständen müsse man baldigst an eine Befreiung des Rothstandes der Landwirtschaft denken. Dass der Staat es nicht ermöglicht hat, der Unterrichtsverwaltung größere Zuwendungen zu machen, ist lebhaft zu beklagen, doch sind viele Gemeinden bezüglich der Schulen entlastet; ebenso beflaßt Redner, daß die Lehrer-Pensionskasse noch immer nicht gesichert sind. Aus der Conversionierung der 4½ prozentigen in 4 prozentige Staatsobligationen werden 2700 000 M. erpariert werden; diese Summe könnte zur Erledigung der Lehrer-Pensions-Frage verwendet werden. Das einzige Mittel, unsere Finanzlage dauernd auf sicherer Grundlage zu gestalten, ist die Reichssteuerreform. (Bravo! rechts.)

Nächste Sitzung: Dienstag.

Dutschland.

L. Berlin, 19. Januar. In der Budget-Commission des Reichstags wurde heute der Poststatut vorgenommen. Abstriche wurden nicht bewilligt, vielmehr die vorgeschlagenen Gehalts-Erhöhungen der Rendanten der Oberpostämtern und der Vorsteher von Postämtern III. Klasse bewilligt. Auch die Landbrieträger erfahren eine kleine Aufbesserung. Dagegen hat der Bundesrat es abgelehnt, dem Antrag des Staatssekretärs Dr. Stephan entsprechend, einen Fonds von 125 000 Mark zur Verbesserung der finanziellen Lage der Postsekretäre im Staat auszuweisen. Die Commission nahm jedoch heute eine Resolution an, wonach der Bundesrat erachtet werden soll, im nächsten Staat nach dieser Richtung hin Abhilfe zu schaffen und die nötigen Mittel zu bewilligen.

+ Berlin, 19. Jan. Die deutschfreisinnige Fraction des Abgeordnetenhauses hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, an Stelle des Abg. Steffens, welcher die Wahl ablehnt, den Abg. Sachse zum Schriftführer des Abgeordnetenhauses zu wählen. Wir haben schon des näheren mitgetheilt (vergl. die +-Correspondenz von heute Morgen), wie es sich mit der Wahl des Abg. Steffens verhält, und daß Niemand in der freisinnigen Partei die Absicht hatte, den langjährigen Schriftführer Sachse zu bestitigen. Das hat sich durch den jetzigen Fractionsschluss schnell bestätigt. Das Geschrei der gegnerischen Blätter über diesen Vorgang war also wieder einmal herzlich überflüssig!

* Das Befinden des Kaisers ist auch nach den durch das Ordensfest ihm auferlegten Anstrengungen ein durchaus befriedigendes.

△ Berlin, 19. Jan. G. F. Frhr. v. Manstein, der nicht unerheblich erkrankt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Der betagte Feldmarschall litt an Verdauungsbeschwerden, welche ihn erheblich angegriffen haben. Allem Antheim nach wird derselbe jedoch schon in den nächsten Tagen wieder völlig hergestellt sein und dann wohl ungefährlich nach Straßburg zurückkehren. Uebrigens hat der Feldmarschall dem Fürsten Bismarck heute einen längeren Gegenbesuch abgestattet.

* Der neulich erwähnte Antrag der Conservativen wegen des von Gewerbetreibenden zu fassenden Befreiungsnachweises und der Erweiterung des § 100e der Innungsnovelle ist heute mit Unterstützung des Centrums im Reichstage einbrachte worden.

* Zum Frankfurter Mordattentat. Am 21. Dezember hielten die Anarchisten in Philadelphia eine Versammlung, in welcher Most u. A. Reinsdorff verherrlichend wörtlich Folgendes erklärte:

Ja, Reinsdorff, so fuhr er fort, war ein Mann der That! Er ist ein Held der sozialen Revolution. Nicht als Angeklagter war er vor Gericht, sondern als Angeklagter (Bravo!) — eine Remiss der sozialen Revolution. Die Worte, die er vor Gericht gesprochen, waren eine Predigt der sozialen Revolution, die mehr wert ist, als tausend Reden von Aristokraten. Seine That wird ein Markstein in der Geschichte der sozialen Reform sein. Seine Parole war kurz und bündig: Dem Herrn der Strick, dem Büttel den Dolch, dem Pfaffen das Gift, dem Progen die Regel und dem Fürsten das Bitt. (W. T.)

Schweiz.

Bern, 19. Januar. Die von italienischen Plättern gebrachte Nachricht, daß der Bundesrat in Betreff der Mafregen gegen den Schmuggelhandel an der italienischen Grenze Concessione an Italien gemacht habe, ist nach Mittheilungen von gut unterrichteter Seite gänzlich unbegründet. (W. T.)

Russland.

Petersburg, 19. Januar. Der "Neuen Zeit" zufolge hat der Reichsrath die Gesetzvorlagen, betreffend die Einführung einer ergänzenden Prozent- und Reparationssteuer von den Handels- und Industrie-Unternehmungen sowie erhöhter Zollsätze für einige Importartikel angenommen. (W. T.)

Helsingfors, 19. Januar. In dem finnändischen Landtag werden in den Kammern des Adels und des Bürgerstandes die Debatten in schwedischer, in den Kammern der Geistlichkeit und des Bauernstandes in finnändischer Sprache geführt. (W. T.)

Danzig, 20. Januar.

Wetter-Aussichten für Mittwoch, 21. Januar.

Private Prognose d. "Danziger Zeitung".
Nachdruck verboten laut Gesetz v. 11. Juni 1870.

Bei Frost und mäßigem Winde trockenes, heils nebliges, teils besseres Wetter.

* [Von der Weichsel.] Ein Telegramm aus Kulm von heute Mittags 1 Uhr meldet, daß dort oberhalb der Nominenkämpe Eissstand eingetreten ist bei 0,16 Meter Wasserstand. Bei Pelpin ist die Weichsel-Eisdecke ebenfalls passierbar und es findet der Posttraject dort wieder statt.

* [Getreidepolitionen], und zwar gegen die Erhöhung der Zölle, sind u. A. im Reichstag eingegangen aus dem Wahlkreise Westpreußen (Brandenburg a. H. r.c.) mit ca. 6000 Unterschriften, aus Elbing von 47 Bürgern, Büchtern r.c., aus dem Danziger Landkreise von Meisterswalde, Braunsdorf, Grenzdorf r.c., ferner aus verschiedenen anderen Orten des Danziger Landkreises von kleineren ländlichen Grundbesitzern.

* [Maurer.] Guten Vernehmen nach soll im Herbst d. J. in Westpreußen ein großes Königss-Mannschaft stattfinden. Es sollen zu diesem Zweck das 1. und 2. Armee-Corps in westpreußischen Districten zusammengezogen werden.

* [Ordensverleihung.] Bei dem Ordens- und Krönungsfeste am Sonntag ist auch Henr. Bahnhofeister E. Trossin vom 4. osfr. Grenadier-Regiment Nr. 5 der Kronen-Orden 4. Klasse verliehen worden. Der Name desselben war in der gestern publizierten Liste aus Versehen nicht enthalten.

* [Parlamentarisches.] Der Abg. Steffens (Danzig) hat in einem Schreiben an das Präsidium des Abgeordnetenbaues erklärt, daß er die auf ihn gefallene Wahl zum Schriftführer nicht annehmen könne.

* [Stadttheater.] Gestern segten die Piliputaner ihr Gastspiel in drei kleinen Stücken fort, in denen sie wesentlich unter sich selbst waren. Namentlich das Singpiel "Singbügelchen" wurde von den Damen Mahr und Görner und den Herren Johann Wolff und Ebert mit entschiedenem Erfolg gespielt, während sich in der Suppischen Operette "Sechs Mädchen und kein Mann" besonders Fr. Mahr in der gewandt gespielten Soubrettenpartie und Herr Ebert als Herkules auszeichneten. Das Vorspiel "Aus Liebe zur Kunst" hätte keine richtige Stelle bei der Eröffnung des Gastspiels gehabt. Das zahlreich erschienene Publikum applaudierte den kleinen Künstlern wieder sehr lebhaft.

* Dem physischen Indisposition von Frau Niemanns wurde Frau Münchaupts aus besonderer Gefälligkeit für morgen die Partie des Gretchen im Faust übernommen. Herr Miranda singt dieses Mal in deutscher Sprache.

* [Bildungsverein.] Herr Director Scherler hielt gestern im Bildungsverein einen Vortrag über das Familienleben der Römer, in welchem er den Lebenslauf eines römischen Knaben von der Geburt bis zum Lebensende schilderte. Das römische Volk habe sich, bevor es dem Römer entgegenstieß, durch ein unsterbares Familienleben, welches die Quelle des geistigen Wohlbefindens eines Volkes ist, ausgezeichnet. Als Zeitpunkt seiner Schilderung wählte der Redner die Zeit des ersten Kaisers, Augustus, nach welchem freilich bald der Wendepunkt zum Schlechten eintrat. Neun Tage nach der Geburt erhielt der jungen Römer seinen Namen, spätestens innerhalb 30 Tagen wurde er als römischer Bürger in die öffentlichen Listen eingetragen werden, eine Einrichtung, welche durchaus unteren Standesäitern entsprach. Die erste Erziehung war dann ganz in die Hände der Frauen gelegt, später leider in die der griechischen Sklavinnen, welche den verderblichsten Einfluss auf ihren späteren Herrn ausübten. Wie bei uns es in gewissen Kreise ist, den Kindern von Anfang an französisch mit der Muttersprache gleichzeitig beizubringen, so lernte der kleine Römer griechisch. Im 6. Lebensjahr begann der erste Unterricht, dann kamen die Knaben in die grammatische Schule, endlich in die höchste Klasse, die der Rhetorik. Mit 14 Jahren war die Erziehung beendet, der Knabe wurde vollkommen mündig geprüft, konnte heirathen, über sein Vermögen selbstständig verfügen und erhielt als anfürs Zeichen seiner Manneswürde die Toga. Redner schilderte eingehend den außerordentlich starken Aberglauben, welcher bei der Erziehung der Kinder eine große Rolle spielt, sowie die Hochzeits- und Sterbefreiheit. Die Chöre sollten prinzipiell unlösbar sein; da sie aber sehr häufig im frühesten Alter geschlossen wurden, so stellte es sich in der Praxis ganz anders heraus. Es mußte schließlich ein Gesetz gegen die sich stets mehrenden Eheschließungen erlassen werden. Der Vortrag fand den lebhaftesten Beifall der zahlreichen Versammlung.

* [Stadtverein.] Auf der Tagesordnung der gestrigen Versammlung stand eine Diskussion und eventuelle Beschlusssfassung über einzuleitende Schritte befreit der Herbeiführung billigerer Gaspreise. Herr Kaufmann Schur hatte das Referat in dieser Angelegenheit übernommen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß es nicht in der Billigkeit liege, daß die Gasconsumenten in Danzig allein die Kosten der Strafnebelbeleuchtung zu tragen hätten. (Dr. Schur vergißt hierbei, daß nicht die Gasconsumenten, sondern die gesamte Bürgerschaft die für die Gasanstalt bisher aufgewendeten Millionen bezahlt hat. Dr. Red.) Die Herren Gaul und Dohm sprachen sich dagegen aus, daß der Stadtverein als solcher sich mit der Frage der Ermäßigung der Gaspreise beschäftige, man solle dies den Consumenten selbst überlassen. Herr Gasdirector Kunath, welcher die Tagesordnung der Versammlung gelesen, war aus eigenem Antriebe erschienen, um eventuell gewünschte Aufklärungen in dieser Frage zu geben. Zunächst zeigte Herr Kunath an der Hand statistischer Zusammenstellungen, daß die Gaspreise in Danzig niedriger seien, als in den meisten anderen Städten. Es werden z. B. für 1 Cbm. Gas gezahlt in Braunschweig 24,5 Pf., Görlitz 18 Pf., Colberg 20 Pf., Elbing 20 Pf., Frankfurt 24,25 Pf., Gumbinnen 21 Pf., Graudenz 21,50 Pf., Güstrow 25,50 Pf., Königsberg 20 Pf., Stettin 17,5 Pf., Thorn 20 Pf., Berlin 16 Pf., Hamburg 20 Pf., Stockholm 29,5 Pf., Elberfeld 17 Pf., Düsseldorf 18 Pf., Bremen 25 Pf., Chemnitz 28 Pf., Mainz 22 Pf., Bösen 19 Pf., Lübeck 18 Pf., u. s. w. in Danzig 17 Pf. Redner zeigte, daß von 25 der ersten Städte Deutschlands nur 2 niedrigere Gaspreise haben als Danzig, darunter Dortmund mit 16 Pf. pr. Cbm., welches mittler im Kohledistrikt liege, und Berlin mit 16 Pf. pr. Cbm., welches letztere allein aus der Gasvermiettheit eine Einnahme von gegen 272 000 T. erzielen, während in Danzig die Gasvermiettheit ganz erlassen worden ist. Es steht mitin fest, daß Danzig bezüglich der Gaspreise billiger sei, als die meisten anderen Städte, Seestädte eingeschlossen. Die Gemüthe von Rabatt an die Consumenten sei unabdingt zu verwerfen, schon der großen Schwierigkeiten wegen, welche z. B. das gleichzeitige Ablegen sämtlicher Gaslaternen bereiten würde. Auch eine Ermäßigung der an und für sich schon niedrigen Gaspreise sei für die Stadt gefährlich; denn die größten

Consumanten in Danzig sind die großen Staats-Etablissements, z. B. die Werft, Gewehrfabrik, Artillerie-Werkstatt, welche sich die Preisermäßigung auf Kosten der Stadt gern würden gefallen lassen. Die Stadt würde sich also bei einer Ermäßigung der Gaspreise ins eigene Fleisch schneiden, denn dieselbe würde weniger den Privatconsumenten als den Staatsanstalten zu gute kommen. Was die Stadt aber an einer Stelle weniger einnehme, müsse sie in anderer Weise durch Steuern wieder ausgleichen suchen. Klagen über mangelhafte Beleuchtung der Straßen seien leicht, die Zahl der Laternen werde jedoch durch die Stadtverordneten-Versammlung bestimmt. In der Langgasse brannten früher 11 Laternen, jetzt 26 mit bedeutend größeren Brennern. Jede Lampe kostet der Stadt aber 50—120 M., man könne sich daher ein Bild machen, welche Mehrkosten durch größere Vermehrung der öffentlichen Lammen verursacht werden würden. Was nun die Gewährung von Rabatt anlange, so gewähre z. B. Elbing einen solchen, und zwar bei einem Jahresconsum von 3000—10 000 Cbm. 5 %, von 10—50 000 Cbm 10 %, von über 50 000 Cbm. 15 %. Wenn man eine gleiche Scala in Danzig zur Anwendung bringen würde, so würde man finden, daß nur verbülligmäßig sehr wenige Gasconsumenten vorhanden sind, welche einen Rabatt von 10 % erhalten würden, denn von den 1197 Consumenten in Danzig sind 938 nur sehr kleine Consumenten. Sämtliche Consumenten könnten sich aber selbst eine Gaspreisermäßigung verschaffen, wenn sie mehr darauf auschten würden, daß ihnen durch unrationale Bremmen nicht so viel verloren geht. In dieser Beziehung empfiehle er ein von dem Director der Gemeinde-Gasanstalt am linken Maasfluss zu Rotterdam, Herrn C. T. Salomons, herangegebene Werklein „Praktische Winke für Gasconsumenten“. Nach einer weiteren längeren Discussion wird von der Versammlung beschlossen, namentlich in Folge der von Herrn Kunath gegebenen Auflärungen von Schritten zur Ermäßigung der hiesigen Gaspreise Absand zu nehmen.

* [Neuer Pferde- und Viehmarkt.] Wie wir schon mitgetheilt haben, wird von jetzt ab in Danzig außer dem Dominikmarkt alljährlich noch ein zweiter Pferde- und Viehmarkt im Frühjahr abgehalten werden. Der selbe ist nun für das Jahr 1884 auf den 25. und 26. März anberaumt und wird auf dem städtischen Viehhofe im Altschottland stattfinden.

* [Messer-Affäre.] Als ein Paar äußerst gefährliche Messerhelden entpuppten sich gestern die beiden Arbeiter R. Bater und Sohn in Krakow. Als der Arbeiter Albert Nutkowski gegen 6½ Uhr das Eische-Grundstück dagegen rubig seines Weges gehend passierte, stürzten die beiden mit offenem Messer auf ihn los und brachten ihm vier gefährliche Stiche in die rechte Hals- und Gesichtsseite bei. Glücklicherweise kam zur rechten Zeit R. Bater auf dem Nachauseweg vorbei und befreite seinen Sohn aus den Händen der Angreifer. R. wurde nach dem hiesigen Stadt-Lazareth geschafft und dort aufgenommen.

* Marienburg, 19. Januar. Nach dem Neubungabschluß der hiesigen städtischen Schäferei für das verflossene Jahr betrugen die pro 1884 gemachten Einnahmen 54 955 M., der von 1883 verbliebene Bestand belag 263 843 M., so daß die Gefannteilagen sich auf 318 798 M. erhöhten; hieron wurden zurückgeahnt 94 350 M. es verblieben demnach ultimo 1884 244 448 M. Die den Interessenten gebührenden Binsen beließen sich auf 7888,76 M.

* Königssee, 19. Januar. Die Kulmsee Credit-Gesellschaft Meyer und Hirschfeld hatte den Concours beim Gerichte angemeldet, welches den Magistrat der Abteilung einer Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle beschlossen, die noch heute an den Reichstag abgegeben werden soll. In Wichtbold hatten in der Nacht zum Sonnabend zwei Frauen den Ofen ihrer Wohnstube tödlich mit Steinöfen geheißen, aber zu früh die Klappe geschlossen. Am Morgen fand man beide leblos vor; die eine konnte noch ins Leben zurückgerufen werden, bei der andern war das nicht mehr möglich.

* Bromberg, 19. Januar. Der Commandeur der 4. Cavallerie-Brigade Oberst Manche ist unter Beförderung zum Generalmajor zur Disposition gestellt worden. Zum Commandeur der Brigade ist der bisherige Commandeur des 1. schlesischen Dragoner-Regiments No. 4, Oberst Han van Weyhern ernannt worden. Bromberg, 19. Januar. In einer hiesigen Eisenfabrik fand ein Arbeiter unter altem Eisen, welches zum Schmelzen bestimmt war, eine Granate, die ihres Bleimantels entklebt war. Die vorbereitete Detonation des Geschosses war offen und es schien dasselbe entladen zu sein. Es ist dies auch wohl der Fall gewesen, es müssen sich aber Pulverreste an der inneren Wand des Geschosses festgelegt haben. Als ein Fabrikarbeiter ein Stück Eisen glühend gemacht hatte und dieses in die Detonation der Granate stieckte, explodierte dieselbe unter starker Detonation. Die umstehenden Fabrikarbeiter kamen glücklicher Weise mit dem Schreden davon, nur einer trug eine leichte Verletzung der Hand davon. Durch die umherstiegenden Sprengstücke wurde aber eine größere Anzahl von Scheiben in den Fenstern des Fabrikgebäudes zertrümmt.

Achter Provinzial-Landtag.

Zweite Sitzung am 20. Januar.

Der Präsident eröffnet um 11½ Uhr die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen, so über den Eingang von Berichten über die Förderung von Kunst und Wissenschaft, über eine Einladung des Vorstandes der Resource "Concordia" zum Besuch der Totalitäten derselben und mit einer Einladung zum Besuch der im Hotel du Nord stattfindenden Versammlung von Brennereibesitzern befreit Verathung über die gemeinsame Unfallversicherung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl der Redactions-Commission für die Ausfertigung von Landtagsbeschlüssen und die Wahl des Wahlprüfungs-Commission. Die Wahlen erfolgen durch Acclamation. In die Redactions-Commission werden vom Provinzial-Landtag gewählt die Abg. Albrecht und Thomale, während der Präsident, welcher in die Commission zwei Schriftführer an deputiert hat, hierzu die Abg. Bieler und Müller bestimmt. In die Wahlprüfungs-Commission, welche diesmal nur die Prüfung der einen Erbschaft im Schweizer Kreise obliegt, werden gewählt die Abg. Bieler, Dr. Gerlich, von Stumpfeld, Wahnschaffe und Wunderlich.

Den nächsten Gegenstand der Verhandlungen

nehmer für eigene Rechnung oder als Vorstand einer gewerblichen Gesellschaft betreibt. Innerhalb jeder Kammer sollen die vier Kategorien von Vertretern je eine Abteilung bilden, welche ebenso wie die Kämmer selbst sich ihren Vorsitzenden wählen. Den Regierungs-Präsidenten wie den Vertretern der anderen beteiligten Behörden soll die Teilnahme an den Berathungen zustehen. Die Kämmer sollen Gutachten und Berichte erlassen, Anträge in wirtschaftlichen Angelegenheiten stellen, alljährlich einen Jahresbericht herausgeben und diesen, nachdem die Minister ihre Bewertungen dazu gemacht haben, mit den Bemerkungen veröffentlichten. Die Kosten der gesammelten Einrichtung sollen die Provinzial-Verbände tragen, welchen der bezügliche Etat alle drei Jahre vorzulegen ist, worauf der Provinzial-Landtag ihn feststellt. Die Rechnung ist ebenfalls dem Provinzial-Landtag zu legen. Die Mitglieder der Gewerbeämter erhalten Entlastung für die baaren Auslagen, welche ihnen durch die Teilnahme an den Sitzungen und durch die Erledigung der ihnen ertheilten Aufträge entstehen. Die Säße für die Vergütung von Reisekosten und Tagegeldern werden vom Provinzial-Landtag bestimmt. — Der Provinzial-Landtag soll nun Beschluss darüber fassen, ob er bereit ist, die nach den erwähnten Bestimmungen den Provinzial-Verbänden zu übertragenden Rechte und Pflichten in Beziehung auf die Provinz Westpreußen zu übernehmen, und, wenn dies der Fall ist, sich über den Sitz der westpreußischen Gewerbeämter, die Zahl ihrer Mitglieder, deren Verteilung auf die einzelnen in Frage kommenden Gewerbsgruppen und die den Mitgliedern zu gewährenden Diäten und Reisekosten äußern.

Die Debatte über diese Sache eröffnet Abg. Müller (Marienwerder), welcher die Vorlage freudig begrüßt. Mit größter Genauigkeit werde dieser Versuch zur Heranziehung des Laien-Elements bei der Verwaltung so wichtiger wirtschaftlicher Angelegenheiten begrüßt werden. Wenn der Vorlage trotzdem mit einer gewissen Kritik begegnet werde, so liege dies wohl mit daran, daß wir noch zu sehr in den Traditionen der burokratischen Verwaltung stecken. Redner exemplifiziert eingehend auf die Erfahrungen mit der Kreisordnung. Aber noch viel wichtiger als dort sei in den gewerblichen und wirtschaftlichen Gebieten die erste Mithilfe des Laien-Elements. Der Beamte sei der Aufgabe, welche auf diesem Gebiete an ihm herantrete, meistens nicht gewachsen. Er müsse daher bei seinen Informationen sich an die Sachverständigen wenden und treffe dabei wohl nicht immer auf die competentesten und bereitwilligsten Personen. Bisher sei die Vertretung gewerblicher Interessen entweder auf die Preise oder auf Petitionen angewiesen gewesen. Beiden Mitteln wohne aber ein entschieden agitatorisches Element bei. Die grösste Sachkunde und die entschieden gröbere Objektivität werde auf Seite dieser neuen Institution sein. Redner sucht dann verschiedene gegen die neue Einrichtung bisher erhobenen Bedenken zu widerlegen. Dieselbe werden nicht den gesetzgebenden Körperschaften, wohl aber der Bureaucratie Konträr machen. Feder Freund der Selbstverwaltung müsse dieses bedeutsame Mittel zur Wirkung des Laien-Elements bei der Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen mit Sympathie begrüßen. Habe die Einrichtung diese großen Vortheile, so könne es der Provinz doch aus die nicht sehr großen Kosten nicht annehmen. Redner empfiehlt daher warm die Vorlage.

Abg. Schnakenburg (Graudenz) spricht gegen die Vorlage, weil er die Art der Ausführung dieser Einrichtung nicht für zweckmäßig erachtet. In manchen Punkten sympathisierter er mit den Ausführungen des Abg. Müller. Er wolle ihm aber auf das allgemeine Gebiet nicht folgen. Die Vorlage beföre den Zusammenhang der Aufgaben der Gewerbeämter mit der kommunalen Selbstverwaltung. Redner habe diesen innigen Zusammenhang nirgend zu entdecken vermocht. Es bezeugt, daß der Provinzial-Landtag das geeignete Organ sei, glückliche Maßnahmen für die Gewerbeämter zu treffen. Ein so vielfältiger Körper wie der Provinzial-Landtag könnte kaum die Garantie dafür bieten. Er müsse sich zunächst auch an die Interessentenfreie melden. Einen weiteren Einfluß als diese Wahl habe der Provinzial-Landtag auf die Gewerbeämter nicht. Redner glaubt auch nicht, daß die Kosten, welche dem Provinzialverbande angemessen werden, so gering sein werden. Er schätzt für Westpreußen auf 25 000 bis 30 000 M. Dem entspricht nicht der Nutzen für das kommunale Leben der Provinz. Die Gewerbeämter sollen im staatlichen Interesse ins Leben gerufen werden. Sache des Staates sei es daher, die Kosten zu tragen, event. unter Heranziehung der Interessentenfreie. Redner bitte daher, die Vorlage angebrachter Maßen abzulehnen.

Abg. Brünneck bezeichnet die Vorlage als ein Bestreben der Regierung, durch unmittelbare Hörung der Interessenten die Wünsche des Volkes kennen zu lernen. Die jetzige Zeit sei in allen wirtschaftlichen Fragen eine schwierige Uebergangsperiode. In einer solchen sei diese Organisation dankbar zu begrüßen und anzunehmen. Redner empfiehlt deshalb auch das Eintreten der Provinz für die Kosten.

Abg. Damme theilt die Vorlage in drei Theile: 1) die finanzpolitische, 2) die juristische, 3) die technische. Er unterschreibt auch Vieles davon, was Abg. Müller gesagt habe. Aber es sei ein Unterschied, ob jemand in der Selbstverwaltung direct und unter eigener Verantwortung arbeite, oder ob er, wie hier, nur Rath ertheilen solle. Hier handele sich in der That nur um eine städtische Enquete, und von Enqueten halte ja hr. Müller nicht viel. Im Uebrigen denke er von Enqueten ab, ohne nicht so gering. Sie müßten nur richtig gehandhabt werden. Redner exemplifiziert auf den Bezirks-Eisenbahnrath und die früheren Eisenbahn-Ausschüsse, um zu zeigen, daß es nicht gleich sei, einen Einzelnen auf längere Jahre zum Vertreter einer Menge von wirtschaftlichen Interessen zu machen. Wenn nun große Fragen kommen, wende sich die Regierung doch an die Interessentenfreie direct. Redner geht dann näher auf die Vorlage nach den oben erwähnten drei Gesichtspunkten ein. In finanzpolitischer Beziehung sei die Vorlage für den Provinzial-Landtag ein Blanco-Wechsel, dessen Ausfüllung andere Factoren besorgen werden. Ein solchen Blanco-Wechsel unterschreibe er als Vertreter communaler Interessen niemals. Das könne man auch dem ehrgeizigsten Verehrer der Gewerbeämter nicht zumuthen. Der Provinzial-Landtag müsse wissen, wie viel Geld er bewillige. Und klein würden die Kosten für die Gewerbeämter nicht sein, wie Redner annimmt. In juristischer Beziehung sucht Herr Damme durch Citing der gesetzlichen Vorschriften darzutun, daß nirgend im Gesetz der Provinz Aufgaben wie die hier ihr zugemutete zu gewiesen seien. Mit demselben Recht könnte man der Provinz auch das Schulwesen aufladen. Redner denkt nicht so gering von den freiwilligen Bestrebungen auf dem Gebiete der Gewerbeämter zugewiesenen Gebiet. Man dürfe nicht die großen städtischen Impulse vergessen, welche auf diesem Gebiet die Freiwilligkeit gebe. Den Dank an die Staatsregierung für das Wohlwollen, das sich in der Vorlage dokumentire, möge man durch Nachahmung des Beispiele der Regierung abstellen, durch Nachahmung seines Beispiels, welches Preußen groß gemacht habe, nämlich dadurch, daß man über die finanziellen Verpflichtungen nicht hinausgehe. Hr. Damme erzählt die Geschichte des Zusammentreffens der Oldenborner Erweiterung und zieht daraus die Lehre, daß Gutes und Nothwendiges doch zu Stande komme, wenn auch der Weg, auf welchem es zunächst ins Leben treten solle, nicht gleich der richtige sei und darum verlegt werden müsse.

Provinzial-Ausschuss-Vorsitzender v. Winter kann aus formellen wie materiellen Gründen nicht die Vorlage zur Annahme empfehlen. Die Motive hätten sich die Aufgabe, den Zusammenhang der Provinz mit den Aufgaben der Gewerbeämtern nachzuweisen, sehr leicht gemacht. Sie hätten das nur mit einer ganz allgemeinen Redewendung gethan. Redner citirt in Ergänzung der Ausführungen des Hrn. Damme die §§ 34—44 der Provinzial-Ordnung, welche speziell die Aufgaben aufzählen, welche dem Provinzial-Landtag obliegen. Nach diesen §§ sei es zweifellos, daß der Provinzial-Landtag erst durch ein Gesetz ermächtigt werden müsse, sich mit den Gewerbeämtern zu beschäftigen. Gleicherweise bestimme das Dotationsgesetz. Redner weiß auch nicht, woher die Provinz das Geld nehmen solle, der an sie gestellten Summierung zu entsprechen. Es werde eine Institution in grossem Stil für eine dauernde Tätigkeit geplant, deren Kosten, wie Abg. Schnakenburg sehr richtig ausgeführt habe, recht

bedeutend sein werden. Werde für Westpreußen nur eine Gewerbeämmerei, wie Redner erwartet, errichtet, so werde deren Mitgliederzahl nicht wesentlich zurückbleiben hinter derjenigen des Provinzial-Landtags. Eine Session des Provinzial-Landtags aber koste allein ca. 10 000 M. Dazu komme nun noch das Bureau, der ständige Sekretär, die Abtheilungen, Postamtsbüro u. s. w. Ein Anschlag auf Höhe von 25 000—30 000 M. sei also nicht so hoch. Woher diese Summe nehmen? Aus dem Dotationsfond gehe es gefüllt nicht, neue Provinzial-Steueren wolle man doch dazu nicht auslegen, es bleibe also nur die Übertrüffelung aus der Provinzial-Hilfskasse. Diese brauche man, um den jetzigen Etat zu balanciren, ihre Verwendung für andere als reine Provinzialzwecke sei zudem durch das bestreute Regelament ausgeschlossen. Redner zeigt sodann aus den Einzelheiten der Vorlage, daß die Provinz in die Lage kommen könne, Geld für Beiträge zu zahlen, die gar nicht zur Provinz gehören, wenngleich die Beiträge der Gewerbeämter anders begrenzt werden, als die der Provinz, was nach den Bestimmungen zulässig ist. Wenn die Staatsregierung das Bedürfnis habe, Institutionen zu ihrer Information zu schaffen, dann müsse auch der Staat resp. das Reich die Kosten übernehmen. Das können man doch nicht zur Sache der kommunalen Selbstverwaltung machen. Niemand habe, wie Redner dem Abg. Müller gegenüber hervorgehobt, schärfer die Abwälzung von Staatslasten auf die kommunalen Verbände verurtheilt als gerade Fürst Bismarck. Redner bedauert diese ebenfalls und wünscht daher, daß man jedem neuen Vertrag nach dieser Richtung mit Energie widerstrebe. (Aufmunterung.) Redner bereitet für Westpreußen ferner das Bedürfnis zu dieser neuen Institution, auf deren Entwicklung und deren Wirksamkeit der Provinzial-Beratung auch nicht ein Schatten von Einfluß zu stehen. Hr. v. Winter stimmt Hrn. Damme in der Einschätzung der freiwilligen Thätigkeit bei. Die neue Institution könne auch auf die freiwilligen Organe nur störend wirken. Endlich gibt Redner an den Einzelbestimmungen und deren Motiven eine sehr eingehende interessante Kritik, bei welcher er nachweist, wie bedeutend die in unserer Provinz bestehenden künftigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Vereine und deren provinzielle Verbände, welche sich aus eigener Kraft entwickelt und herausgearbeitet haben, für die Interessen der in ihnen vertretenen Gewerbsgruppen bisher geleistet haben. Am wenigsten würden durch die Wahl von Seiten des Provinzial-Landtages die Interessenten, nämlich die Gewerbetreibenden, befriedigt werden. Diese wollen, und zwar mit Recht, doch selbst ihr Vertreter wählen. Hier werde durch die neue Schöpfung nur eine neue Hemmung geschaffen. Schließlich fugt Redner darzuthun, daß die Rolle, welche man bei dieser Sache der Provinz zumuthe, derselben wohl nicht recht würdig sei, und daß sie für den Provinzial-Landtag eine groÙe Gefahr in sich berge, nämlich die, daß die Interessentenfamilie in seine Mitte getragen werden, und daß sie bemühe uns Gott Redner renommiert sich dahin, daß 1) der Provinzial-Landtag nicht befugt sei, die Mittel für diese Institution zu bemühen, ehe ein Gelehrter ihm dazu ermächtigt, 2) kein Bedürfnis für diese Schöpfung vorliege und dieselbe die vorhandenen nützlichen Einrichtungen nur schädigen würde, und stellt demgemäß in Gemeinschaft mit mehreren anderen Abgeordneten den Antrag, daß im Hinblick auf die §§ 34—44 der Provinzial-Ordnung und den § 4 des Dotationsgesetzes sowie auf die vorstehend ad 2 angegebenen Gesichtspunkte der Provinzial-Landtag sich außer Stande erkläre, seine Zustimmung zu der Vorlage auszusprechen. Staatscommissar, Oberpräsident von Ernsbachen: Jeder Kreis sendet in den Provinzial-Landtag seine Vertreter, der Provinzial-Landtag würde also wohl in der Lage sein, geeignete Persönlichkeiten wenigstens aus dem landwirtschaftlichen und Handelsstande zu ernennen. Es ist der Vorschlag gemacht, den einzelnen Verbänden die Wahl der Vertreter zu überlassen. Die Regierung meine aber, daß diese Modalität zu groÙe Schwierigkeiten habe. Die landwirtschaftlichen und gewerblichen Centralvereine erscheinen auger in Vorlagen sehr geeignet, nicht aber zur Wahl. Die einzige mögliche Weise sei die Wahl durch den Provinzial-Landtag, eine leidliche Selbstverwaltungsförderung. Die Gewerbeämter sollen das Resultat freier Wahl sein. Ein Enquête für jeden einzelnen Fall, wie Hr. Damme vorgeschlagen, könne auch nicht in Rede kommen. Die finanziellen Bedenken sucht Redner auch zu bekämpfen. Er nimmt ferner eine einzige Gewerbeämmerei für die ganze Provinz, die selbe würde die Kosten erheblich vermindern. Nach der Berechnung des Redners würden sich die Kosten viel geringer belaufen, als Herr Schnakenburg angegeben. Die Kämmer würden vielleicht zwei Mal jährlich einberufen werden. Ein eigener wissenschaftlich gebildeter Secretär werde nicht nothwendig sein. 3000 M. überhaupt würden genügen, um die Institution lebensfähig zu erhalten. Ungeheuerlich sei die Bewilligung der Kosten für diese Institution durch die Provinz nicht. Er wolle zugeben, daß aus dem Dotationsfond die Kosten nicht bewilligt werden könnten, aber ihrer Entnahme aus den Übertrüffelungen der Provinzialhilfskasse steht nichts entgegen. Der Ton ist eben an zu gemeinnützigen Zwecken errichtet. Es handelt sich bei den Gewerbeämtern darum, alle Berufszweige der gewerblichen Tätigkeit zusammenzubringen. Die Gewerbeämter seien in der That von grossem Wert für die Provinz, sie seien sehr geeignet, in Berlin bei den Ministerien erfolgreich Schritte für das Interesse der Gewerbetreibenden zu thun. Mithilfe von dort herbeizuziehen, die sonst vielleicht nicht in die Provinz fließen würden. Es sei natürlich, daß Anträge der Behörden in der Centralinstanz der Kritik unterliegen, da hierbei die Voraussetzung nahe liege, daß sie mehr verlangten als thatächlich nothwendig sei. Liege dafür ein sachverständiges Gutachten vor, dann habe die Forderung sehr viel mehr Gewicht. Als Beweis dafür, daß eine freie Sachverständigen resp. Interessenten-Commission mehr in den Centralinstanzen ausübt als die Local-Behörden, führt Redner die Tätigkeit der Weichsel-Schiffahrts-Commission an, welcher es gelungen sei, eine Summe von 400 000 M. in Folge ihrer Berichte für die Weichsel-Regulierung zu erzielen. Gerade bei der Weichsel-Schiffahrt würden die Gewerbeämter vielleicht ein erfolgreiches Gebiet für ihre Tätigkeit finden. Desgleichen für die Hebung des Handwerkerstandes. Es sei der Regierung gelungen, eine große Zahl von Fortbildungsschulen zu gründen, deren Verbesserung und weitere Entwicklung aber noch zu erstreben sei, wenn sich das Handwerk gedeihlich mit der Kunst verbinden und aus dieser die Fähigkeiten zu erneutem Aufschwung empfangen soll. Der Zustand des unteren Schulwerstandes sei sehr unvollkommen, es könnten noch mehr Klässer u. s. w. eingerichtet werden. Wenn dies auch nicht unmittelbar mit dem Gewerbe in Verbindung stände, so doch mittelbar; besonders könne die Gewerbeämter Schritte für lateinlose Bürger Schulen thun, welche für den Handwerkerstand außerordentlich wichtig seien. Nicht minder für die Errichtung neuer Bahnen, besonders auch für die Besserung des Tarifwesens, von welchem das Gedechen des Handels so wesentlich abhänge. Das Tarifwesen sei so recht der Punkt des Archimedess für unseren Handel. Auch Meliorationen auf dem Lande, Regulirungen von Flussbäumen etc. eins der wesentlichsten Gebiete, auf welchem die Gewerbeämter durch Befürwortung, Anträge und Gutachten erfolgreich wirken können. Die Gewerbeämter seien Sprachrohr auf beiden Seiten hin, von der Regierung zur Provinz und umgekehrt. Würde der Landtag zu den jetzigen Vorlagen "Nein" sagen, so könnte die Regierung sagen, ich habe Gelegenheit gegeben, mir mit Ihrem Rat zur Seite zu stehen. Sie haben es verloren, jetzt fragen Sie auch die Folgen. Redner empfiehlt in eingehender Darlegung, in welcher er die Ausstellungen der Vorredner bestätigt, dem Provinzial-Landtag die Annahme der Vorlage. (Schluß der Abend-Zeitung. Forts. f. in der Morgen-Ausgabe.)

Vermischtes.

Mannheim, 16. Jan. In dem benachbarten Orte Neckarau wurde gestern ein Durchfall ein unheimlicher Fund gemacht. Für den Bierbrauer Helmeling dorthin war ein Wagen Ladung eingetroffen, in denen man beim Entladen eine Blechbüchse mit etwa 5 Kilogramm und einem Stück Zündschuh vorfand. Man darf wohl annehmen, daß dieses gefährdende Objekt unter die Kohlen gerathen ist; ein nicht ablesbares Unglück hätte indeß entstehen können, wenn die vollständig

durch die Kohlen schwarz gefärbte Büchse nicht entdeckt worden und unter dem Feuerungsmaterial verblichen wäre. Seitens der Staatsanwaltschaft ist Untersuchung eingeleitet worden.

ac. London, 17. Januar. Unweit Stoke-on-Trent ereignete sich gestern Morgen ein ernsterlicher Eisenbahn-Unfall, indem der Schnellzug von Manchester nach Birmingham mit voller Fahrgeschwindigkeit in einen auf dem Gleise stehenden Mineralwagen hineinfuhr, wodurch die meisten Waggons aus den Schienen geworfen, und viele Passagiere mehr oder minder ernstlich verletzt wurden. Der Lokomotivführer und Heizer mußten nach dem Kraterbankett geschafft werden, wo der Letztere bereits seinen Verlebungen erlegen ist.

* Ein öffentlicher Meeting zu Stockport wurde beschlossen, dem verstorbenen Mr. Richard Cobden, welcher die Stadt durch 7 Jahre im Parlament vertrat, eine Statue zu errichten. Von den hierzu veranschlagten Kosten im Brutto von 1400 £str. wurden sofort Zweidrittel gezeichnet.

Lotterie.

Berichtigung. Gestern sind nicht 300 000, sondern 30 000 M. auf Nr. 88 056 gefallen. — Ferner ist ein Gewinn von 1500 M. nicht auf Nr. 22 160, sondern auf Nr. 21 640 gefallen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 20. Januar.

	Gro. v. 19.	Gro. v. 19.
Weizen, gelb		
April-Mai	165,20	165,70
Juni-Juli	171,50	172,00
Roggen		
April Mai	145,00	145,50
Mai-Juni	145,00	145,70
Petroleum p.	200	200
Januar	23,70	23,70
Rüböl		
April-Mai	52,80	52,80
Mai-Juni	53,10	53,10
Spiritus loco	43,20	43,20
April Mai	44,80	44,90
4% Consols	103,40	103,50
3½% westpr.	95,60	95,70
4% do.	102,30	102,50
5½ Rum.G.-R.	93,4	93,10
Ung. 4% Gldr.	79,70	79,80
II. Orient-Anl.	64,10	64,20
4% rus. Anl.	82,20	82,50
Lombarden	243,50	244,50
Franzosen	499,50	501,00
Cred.-Action	509,00	513,00
Disc.-Comm.	204,50	204,80
Deutsche Bk.	151,40	151,50
Laurahütte	99,25	99,75
Oestr. Noten	165,70	165,55
Russ. Note	212,75	213,40
Warsch. kurz	212,25	213,00
London kurz	204,6	—
London lang	20,275	—
SW.-B. g. A.	63,90	63,90
Galizier	109,40	109,50
Mlawka St.-P.	113,90	114,00
St.-A.	82,90	83,10
Ostr. Süd.	102,40	102,50
Stamm A.	102,40	102,50
Neueste Russen	97,10.	
Fondshörse: schwach.		

Antwerpen, 19. Januar. Getreidemarkt. (Schlüsselbericht.) Weizen still. Roggen behauptet Hafer fest. Gerste fest.

Wien, 19. Januar. (Schlüssel-Course.) Oesterl. Papierrente 83,00, 5% österl. Papierrente 98,30, österl. Silberrente 11,90, österl. Goldrente 106,15, 6% ungar. Goldrente —, 4% ungar. Goldrente 96,30, 5% Papierrente 92,82%, 1854er Loos 127,50, 1860er Loos 137,50, 1864er Loos 171,75, Creditloose 176,00, ungar. Prämientloose 117,25, Creditation 301,50, Franzosen 302,60, Lombarden 146,40, Galizier 264,75, Kaschau-O.-berger 152,75, Nordwestbahn 172,50, Elisabethbahn 176,00, Franz. Riga 235,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 183,50, Dir. Bodenbahn —, Böh. Westbahn 244,00, Unionbank 79,50, Anglo-Austr. 104, Wiener Bankbrief 103,25, ungar. Creditactien 312,50, Deutsche Plätze 60,30, Londoner Wechsel 123,70, Pariser Wechsel 48,80, Amsterd. Wechsel 102,20, Napoleon's 9,78, Dusaten 1,26, Marktnote 60,32, Russ. Bank

Heute Vormittag entschließt sanft unsere geliebte Mutter, Schwester, Schwieger- und Großmutter, Frau **Emilie Himmel**, geb. Anders, in ihrem 76. Lebensjahr. Dies zeigen tief betrübt an Danzig, den 20. Januar 1885
Danzig, den 20. Januar 1885
Die hinterbliebenen.

Den heute Abend 7 Uhr plötzlich erfolgten saufen Tod meines einzigen geliebten Mannes, Schwiegersohns, unsrs guten Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Gewürz-Capitäns

Franz Waldemar

Siewert

im beinahe vollendeten 50. Lebensjahr. Dieses um stille Theilnahme bittend, zeigt tief betrübt an

Ida Siewert, geb. Peters, (9174) nebst 6 unmündigen Kindern. Danzig, den 19. Januar 1885.

Orientl. Versteigerung

Mittwoch, den 21. Januar,

Vormittags 10 Uhr,

werde ich in meiner Wohnung

11 ganze Stücke Zug,

6 Mille Cigarren

im Wege der Zwangsvollstreckung

öffentlich meistbietend gegen gleich baare

Bezahlung versteigern.

Dirschau, den 19. Januar 1885.

Nürnberg, Gerichtsvollzieher.

Zu der am Donnerstag, d. 22. d. M.

auf dem Neumarkt stattfindenden

Auction

kommt noch eine elegante

Rappstute,

5 groß, 6 d. alt,

fast neues einsp.

Geschirr

zur Versteigerung.

(9147)

Directe Dampfer-Gelegenheit

per D. Verbandt, Capt. Carlsohn

von Neufahrwasser nach:

Alicante, Palma, Valencia und

Tarragona,

ca. 31. Januar.

per D. "Malaga", Capt. Beckmann

nach Neufahrwasser von:

Barcelona, ca. 10. Februar,

Malaga, ca. 16. Februar,

Livorno, ca. 20. Februar,

Marseille, ca. 22. Februar,

Cette, ca. 24. Februar.

Gitter-Anmeldungen erbitten.

Aug. Wolff & Co.

Nach Copenhagen

wird expedirt 24./27. Januar,

Dampfer „Sjælland“,

Capt. Johnsen.

Gitter-Anmeldungen erbitten.

Dantziger & Sköllin.

Homöopathie.

Alle innere und äußere Krankheiten.

Brauen-Leiden, Rheuma,

Erythema, geheime Krankheiten.

Richard Sydow, Hausthor 1,

Sprechstunden 9—11, 2—4 Uhr.

(9095)

Für Nasenfräuse

Nachmittags 4½ bis 6 Uhr.

Dr. med. Heldt,

Franzengasse 9. (8915)

Dr. Kneisel,

in Amerika approb. Zahnarzt,

Langasse 64, 1. Etage.

Spredzeit von 10 bis 4 Uhr.

Bedürftige nur von 9—10 Uhr

berücksichtigt.

(8717)

Ulmer-Hünsterbau-Lotterie,

Hauptgewinn bar 75 000 M., Loose

& A. 3,50 bei

Th. Bertling, Gerbergasse 2.

(9168)

Italienischen Blumenfohl,

Teltower Rübchen,

italienische Maronen

empfiehlt

J. G. Amort,

Langasse Nr. 4.

Setten

Kräuterlachs,

Astrachaner

Perl-Caviar,

Amerikanischen

Caviar

empfiehlt

J. G. Amort,

Langasse 4. (9176)

Saisonbroche.

Eine reizende Neuheit u. gleich-

zeitig Erinnerung an den Ostsee-

strand ist die hellglänzende Seeditzel,

kunstvoll und natürlich in Silber

gearbeitet.

(9163)

Vorrätig bei allen Juwelieren.

Frische Teichkarpfen,

Aale

und andere frische Fische

empfiehlt P. Lindenau,

Großmarkt Nr. 27.

(9159)

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 17. d. Ms. benachrichtigen wir die Mitglieder unserer Corporation hierdurch, daß die **Neuwahl der Fachkommissionen**

auf Montag, den 26. Januar d. J.,

und zwar der Fachkommission:

1. für das Geschäft . . . um 10½ Uhr Vormittags,
2. für den Baarenhandel . . . 11 "
3. für die Niederel und Schiffahrt . . . 11½ "
4. für den Holzhandel . . . 12 " Mittags,
5. für den Getreidehandel . . . 1½ "

in unserem Sitzungszimmer, Langemarkt Nr. 45, anberaumt ist.

Danzig, den 19. Januar 1885. (9169)

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Damme.

Dampfbootfahrt

Danzig — Neufahrwasser.

Eisess halber sind die Fahrten bis auf Weiteres eingestellt.

Danzig, den 20. Januar 1885. (9180)

„Weichsel“, Danziger Dampfschiffahrt- und

Seebad-Actien-Gesellschaft.

Alexander Gibone.

Im Saale des Gewerbehause

(Heiligegeistgasse):

„Recitationen Baumhau'scher Dichtungen“

durch Herrn Carl de Caro.

Zum Vortrag gelangt frei aus dem Gedächtnis:

Dienstag, den 23. Januar, Abends 7 Uhr:

„Blatorog“, eine Alpensage.

Sonntag, den 25. Januar, Abends 7 Uhr:

„Frau Holde“ u. humoristische Lieder.

Numerierte Plätze a 1,50 M., unnumerierte 1 M. Schülerbillets a 50 P.

bei F. A. Weber, Buchhandlung, und Abends an der Kasse. (9079)

Die Eisenglesserei u. Maschinenbauanstalt

von A. P. Muscate in Dirschau

und Danzig

liefer als „Specialität“ unter Garantie:

Complette

Molkerei-Anlagen

mit und ohne Centrifugen Betrieb,

Turbinen, Pumpen

und Compound-Dampf-Maschinen

nach neuestem System in verschiedenen Größen,

sowie Einrichtungen von

Brennerien, Mahl- u. Schneldemühlen,

ferner werden ausgeführt:

Reparaturen von Locomobilen, Dampf-

dreschmaschinen u. andern Maschinen.

Sämtlicher

Bau- u. Maschinenguss, Transmissions-

Anlagen und Roststäbe

werden billig angefertigt.

Metall-Lager, sowie sämtliche

Armaturstücke

zu Maschinen und industriellen Anlagen.

Für Aufnahme von Kosten-Aufschlägen, Rechnungen u. durch

meine Ingenieure werden in keinem Falle Gebühren berechnet.

Die Tapeten-Handlung

6, Matzkausche Gasse 6,

empfiehlt die vor der Inventur zurückgesetzten

Tapeten, Rouleaux, Teppiche und Läufer-Stoffe zum

sehr billigen Gelegenheits-Einsatz.

Adolf Th. Lebeus.

(9162)

Grundstück-Verkauf.

Donnerstag, den 5. Februar er., Nachmittags von 3 bis 5 Uhr,

werde ich im Auftrage der Erben des verstorbenen Rentiers Herrn

3. G. Erben wegen Erbauseinanderlegung die Grundstücke

Faulgraben Nr. 10 u. Jacobs-

Neugasse Nr. 6 A.

im Wege der Licitation Faulgraben Nr. 10, 1 Treppe, öffentlich verkauft.

Die Grundstücke bestehend aus 2 Wohnhäusern und Hofräume sind

8 Ar, 98 Quadrat-Meter gleich ca. 9115 Fuß groß; die Front am Faul-

graben beträgt 64 Fuß, die in der Jacobs-Neugasse 81 Fuß, die Grundstücke

eignen sich auch ihrer vorzüglichen Lage wegen, da große Einfahrten vor-

handen, zu jeder Fabrikalage. Die Besichtigung der Grundstücke ist täglich

des Vormittags gestattet und die Verkaufs-Bedingungen bei mir einzusehen,

werden auch im Termin bekannt gemacht. Bietungs-Caution 1000 M.

Joh. Jac. Wagner Sohn,

vereid. Gerichts-Taxactor und Auctionator,

Bureau: Breitgasse Nr. 4. (9160)

Auktion z. Unterfahl

Beilage zu Nr. 15042 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 20. Januar 1885.

Reichstag.

28. Sitzung vom 19. Januar.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt. Die bereits mehrfach vom Reichstage abgelehnte Forderung von 289 000 M. für die Errichtung einer Unteroffizier-Vorschule in Neu-Breisach ist in den Etatsentwurf von neuem aufgenommen worden; wiederum beantragt die Budget-Commission die Streichung.

Abg. v. Massow (cons.) befürwortet die Bewilligung der Forderung mit dem Bedauern, daß die Regierung diesmal die Forderung für die mit der Unteroffizier-Vorschule zu verbindende Militär-Knabenerziehungsanstalt nicht erneuert habe. Er bekämpft die allgemeinen Einwände gegen die Militär-Erziehung und weist auf das Bedürfnis hin, da die beiden bestehenden Unteroffizier-Vorschulen nicht ausreichen. Außerdem spreche für die Bewilligung das Interesse der Bevölkerung im Reichslande.

Abg. Hermes (frei). Der Kriegsminister v. Kameke hat seiner Zeit ausdrücklich in Abrede gestellt, daß irgend ein politisches Moment für die Wahl von Neu-Breisach in Frage stünde; die Wahl dieses Ortes wäre nur aus dem Grunde räthlich erschienen, weil man dort der verschiedenen vorhandenen Kasernen wegen am billigsten fortkommen würde. Abg. v. Massow erklärt eine dritte Unteroffizier-Vorschule im Interesse der Vermehrung des Unteroffiziercorps für nothwendig. Schon früher hat aber die Verwaltung selbst ausgeführt, daß es sich vorwiegend um die Verbesserung der Qualität der Unteroffiziere handele. Seit der letzten Debatte über diesen Gegenstand hat sich ferner die Zahl der Manquements von 3000 auf 2000 vermindert; und das Ordinarium ist bereits um 500 000 M. in Folge dessen gestiegen. Die Unteroffizierschule als solche liefert endlich überhaupt keine Verstärkung des Unteroffiziercorps, sondern nur eine Vermehrung der Eleven der Unteroffizierschulen und die ist gar nicht gefordert. Keine andere Position des Militäretats ist so geeignet unserem Sparfamiliengefühl neue Nahrung zu geben. Es handelt sich nicht um einen einmaligen Posten, seine Annahme zieht eine Erhöhung des Ordinariums nach sich, die mindestens 150 000 M. jährlich beträgt. Dieses repräsentiert ein Kapital von etwa 4 Mill. (Widerspruch rechts.) Unter den jetzigen Verhältnissen lehnen wir auch für dieses Jahr die Position ab. (Beifall links.)

Abg. Bürlin: Die Nationalliberalen werden heute wie früher für die Forderung stimmen; gegenüber den dunklen und doch so durchsichtigen Drohungen, welche die Socialdemokraten jetzt immer am Schlüsse ihrer Reden andeuten, halten wir es für unsere Pflicht, die jungen Leute schon vor dem Eintritt in das militärische Alter vor socialdemokratischen Versuchungen in Schutz zu nehmen. (Oh, oh! links.)

Abg. Windthorst: Für meine Partei kann ich bemerken, daß, wenn wir überzeugt wären, daß die Unteroffizier-Vorschule nur von Söhnen aus Elsaß-Lothringen befürchtet würde, wir vielleicht in Erwägung ziehen würden, die Forderung zu bewilligen. Aber zur Versöhnung zwischen den deutsch und französisch gesinteten Elementen in Elsaß-Lothringen kann es doch sicherlich nicht dienen, wenn wir unsere Söhne dahin schicken. Für meine Partei ist maßgebend, die finanzielle Lage des Reichs. Ich komme eben aus dem Abgeordnetenhaus her und habe dort gehört, wie viel dringende Forderungen unbefriedigt bleiben müssen, weil kein Geld für dieselben vorhanden ist. Wir

kennen die Klagen der Lehrer nicht stillen, nicht den von Steuern bedrückten Communen beispringen.

Abg. Graf v. Moltke: Es handelt sich abgesehen von allen politischen Rücksichten darum, fehlende 2000 Unteroffiziere zu beschaffen. Es ist durchaus wünschenswerth, ein so vortreffliches Material wie die elzässische Bevölkerung ist, für den Unteroffizierstand zu gewinnen, der nächst dem Offiziercorps das wichtigste Element für die Tüchtigkeit der Armee ist. In Breisach, das früher eine sehr viel stärkere Garnison gehabt hat, laufen die dringendsten Klagen ein, daß die Bewohner der Verarmung entgegengehen. Nun befinden sich in Breisach Localitäten, die mit Nutzen für die Sache ausgenutzt werden können, und ich glaube, daß die Vorlage in ökonomischer wie in militärischer Beziehung empfohlen werden kann. (Mehrseitiger Beifall.)

Abg. Baumgärtel: Trotzdem eine so hohe Autorität, wie der Vortredner, sich für die Bewilligung dieser Forderung ausgesprochen hat, muß ich dieselbe gleichwohl ablehnen, denn dieselbe hat doch nicht nur eine militärische, sondern auch eine finanzielle Seite, die zu betonen wir alle Veranlassung haben. Auch Graf Moltke hat uns nicht beweisen können, daß die Forderung nothwendig sei, und selbst über die Richtigkeit derselben bestehen erhebliche Zweifel. Ich selbst habe früher für diese Forderung gestimmt, aber ich kann mich trotzdem nicht entschließen, jetzt wiederum für dieselbe einzutreten. Der Abg. Windthorst erzählte, daß er eben im preußischen Landtag gehört, wie schlecht die Finanzlage dort sei. Auch ich habe höben in der Budget-Commission des Reichstags vernommen, daß wichtige Aufgaben des Reiches ebenfalls der ungünstigen Finanzen wegen zurückgestellt werden mussten. Der Staatssekretär im Reichspostamt hatte 125,000 M. zur Aufbesserung der Gehälter der Postsecretaire gefordert, aber die Forderung ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Wer will es uns verargen, wenn wir aus denselben Gründen auch "Nein" sagen. (Beifall links.)

Kriegsminister: Ich halte die Bewilligung für ein dringendes Bedürfnis. Das ergibt sich übrigens auch schon aus der Wiedereinbringung derselben Forderung. Der Abg. Hermes hat darauf hingewiesen, daß der Standpunkt meines Amtsvoigängers in dieser Frage ein anderer gewesen sei. Es ist mir nicht erinnerlich, was derselbe gesagt hat, ich für mich kann nur erklären, daß, wenn die Elsaß-Lothringer alle Pflichten, welche die Zugehörigkeit zum Reich ihnen auferlegt, zu tragen haben, sie eben den Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Interessen so gut haben, wie irgend eine märkische Stadt. In Neu-Breisach sind besondere Einrichtungen nicht zu treffen; es empfiehlt sich also auch im fiskalischen Interesse, die Schule dorthin zu verlegen. Es ist ein Erfahrungssatz, daß der Militärdienst ein Mittel abgibt für das innerliche Zusammenwachsen von Völkern. (Sehr wahr! rechts.) Wir haben mit diesem Sache auch bereits genügend Erfahrungen in Elsaß-Lothringen gemacht. Den Wünschen der Neu-Breisacher in einer anderen Weise entgegenzutun, wie das hier im Hause angedeutet wurde, wird für die Militärverwaltung nicht möglich sein. Die Abnahme der Manquements ist allerdings vorhanden, aber sie muß nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt der Zahl, sondern auch der Qualität beurtheilt werden. Überdies hängt die Abnahme zusammen mit der Erscheinung, daß in den letzten Jahren die Zahl der über das zwölfe Jahr hinaus dienenden Unteroffiziere

sich vermehrt hat, in einem einzigen Jahre um 187. Das ist im Allgemeinen für die Armee kein Vortheil. Bei dem knappen Offizieretat haben wir aber ein ganz besonderes Interesse daran, gut qualifizierte Unteroffiziere zu haben. Gerade die Unteroffizier-Vorschulen haben sich hierfür gut bewährt, denn von den bestehenden Anstalten haben sich 75 % der Schüler gut bewährt, 25 % sogar vorzüglich und 9 % sind nach kurzer (zweijähriger) Dienstzeit schon in besonderen Dienststellungen in der Armee.

Abg. Windthorst: Ich bedauere zu hören, daß den Neu-Breisachern in einer anderen Weise nicht geholfen werden kann. Aber wenn zu französischen Seiten dort ein Artillerieregiment untergebracht werden könnte, wird es uns vielleicht auch möglich sein, ein Bataillon oder einige Batterien dorthin zu verlegen. Ein weiterlicher Grund für mich ist, daß ich keine künstliche Wanderung nach Elsaß-Lothringen befürdern will. Wir haben andere große Forderungen — so für die Truppenslocationen — ohne Weiteres bewilligt, weil sie für begründet und im Interesse der Landesverteidigung für geboten hielten. Das trifft auf die vorliegende Summe nicht zu.

Abg. v. Fischer (nat.-lib.): Man wird im Lande nicht an die Richtigkeit dieser Sparsamkeitsrichthöfen zweifeln (Obo! im Centrum und links.) Es wird sehr vielfach in Elsaß-Lothringen die Abstimmung über derartige Fragen als ein Maßstab für die Festigkeit des Entschlusses, jene Lande festzuhalten, und für die Festigkeit des Glaubens betrachtet, daß wir sie auch werden festhalten können. (Pochen im Centrum. Obo! links. Lebhafte Zustimmung seitens der Rechten und Nationalliberalen.) Die Befürchtung des Abg. Windthorst theile ich nicht, daß man im Elsaß vergebens nach Böglingen für die Schule suchen werde. Im Gegenteil, ein guter Theil der Abneigung der Protestpartei gegen die Unteroffizierschule entspringt der Furcht, daß sehr viele Flüchtlinge in sie eintreten werden. (Sehr richtig!) Wir sollten bei Entscheidung der vorliegenden Frage uns nicht von kleinen finanziellen Erwägungen leiten lassen, sondern von großen nationalen Gesichtspunkten, und der Forderung zustimmen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es scheint unter unseren Collegen

Herrn zu geben, die ein Bedürfnis empfinden, überall nationale Fragen zu schaffen. Sie lieben es, dadurch auf einen Standpunkt zu steigen, wo sie Manchem größer erscheinen, als es der Fall wäre, wenn sie sachlich sprächen.

Bisher ist die Erörterung heute sachlich und ruhig gewesen; in Hrn. v. Fischer aber ist Hrn. v. Treitschke wieder aufrastend (Heiterkeit); Charakteristisch ist der Beifall, den Hrn. v. Fischer heute bei der Nationalliberalen gefunden hat, während damals angesichts der Rede des Hrn. v. Treitschke Hrn. v. Bennigsen und Hrn. v. Benda sich in schärfster Weise dagegen verwarnten, daß reine Rücksichtsfragen in der von Treitschke beliebten Weise behandelt würden. Hrn. v. Fischer weiß doch wohl, daß diese Position hier wahrscheinlich nicht Annahme finden wird; und gerade deshalb hätte er hier alles vermeiden müssen, was in Frankreich Unlaß geben könnte, aus einem Majoritätsbeschlus des Hauses zu folgern, als ob die Mehrheit des Reichstages Elsaß-Lothringen nicht festhalten wolle. Der einfachste Patriotismus fordert das! (Sehr richtig!) In einer Sitzung, wo wir große Kasernen für Straßburg, schwere Forts für Metz bewilligen, da soll man uns doch nicht kommen und sagen, man werde im Lande denken,

dass wir Elsaß-Lothringen nicht behaupten wollen. Wir haben, ohne ein Wort zu verlieren, seit 1871 Dutzende von Millionen für die Festhaltung der Reichslande bewilligt; wir haben dort aus militärischen Gründen ein Eisenbahnsystem hergestellt, wie es sonst kaum in Deutschland besteht; wir haben die Universität Straßburg begründet und unterhalten sie aus Reichsmitteln. Wir haben bei nicht günstiger Finanzlage den Kaiserpalast für Straßburg votirt. Man soll uns doch nicht nur

die Bedeutung dieser Unteroffizier-Vorschule zu der Höhe eines Kaiserpalastes hinaufschrauben und von nationalem Fragen sprechen. Mag es dem persönlichen Bedürfnis des Vortredners entsprechen, solche Reden zu halten, der Sache entspricht es nicht! (Beifall links.) Hr. Bürlin hat die sozialistische Frage mit dieser Sache verbunden. Aber von seinem Standpunkt auch müßte man fast jede größere Stadt mit irgend einer Schule bedenken, wo die Jugend schon vom 15. Jahre an fürs Militär erzogen wird; die 40 oder 100 Böglinge, die jährlich in diese eine Schule von Neu-Breisach eintreten, können die sozialistische Gefahr, wenn sie überhaupt für die Armee besteht, nicht nennenswert verringern. Die Lösung von der Familie und der übrigen Bevölkerung trägt bei der Erziehung nicht immer die Früchte, die sich Manche davon versprechen. Auch ich lege wie der Graf Moltke den höchsten Werth auf ein tüchtiges Unteroffiziercorps; die Schwierigkeiten, die Manquements auszufüllen, haben sich aber ganz erheblich verringert. 1874 hatten wir noch 8000 Manquements; heute beträgt trotz der erhöhten etatischen Biffer der Unteroffiziere die Zahl der Manquements nur 2000. Die Unteroffizierschüler, welche das Rekrutensein nie selbst durchgemacht haben, werden sich, wenn sie später in die Armee kommen, viel eher dazu verleiten lassen, die Soldaten zu misshandeln als diejenigen Unteroffiziere, welche aus der Truppe selbst hervorgegangen sind. Den Werth der allgemeinen Dienstpflicht für das Zusammenwachsen der Bevölkerung verkenne auch ich keineswegs; es war aus diesem Gesichtspunkt durchaus richtig, diese Dienstpflicht für Elsaß-Lothringen gleich nach der Erwerbung einzuführen. Aber dieser Gesichtspunkt passt nicht auf die Unteroffizierschüler. (Beifall links.)

Abg. Windthorst: Meine Freunde habe ihre Absicht, daß Elsaß festzuhalten, oft und durch zahlreiche Bewilligungen von Bahn, Forts u. zu erkennen gegeben. Da sollte doch nicht so ein Bürgermeister von Augsburg hierher kommen mit Insinuationen, die absolut unbegründet sind. (Beifall im Centrum.)

Kriegsminister: Das das Zusammenleben der altdutschen und elzässischen Kinder in der Vorschule aber auf die Verschmelzung der beiden Elemente nicht einwirken würde, darin widerstrebe ich dem Abg. Windthorst auf das allerbestimmteste. Dem Abg. Richter ist offenbar die Organisation der Unteroffizierschulen nicht gegenwärtig. Der Dienst in den Unteroffizierschulen ist ganz so eingerichtet, wie in den Truppenteilen. Die jungen Leute werden dort als Rekruten ausgebildet und empfinden die Schwierigkeit, Rekrut zu sein, gerade so wie jeder andere junge Mann, und es bestätigt sich deshalb auch in der ganzen Armee nicht, daß diese Leute mehr geneigt sein sollten, Miss-handlungen, vorzunehmen. Die weitergehende Bildung derselben wird im Gegenteil den Vortheil haben, daß sie auch auf dem Gebiete der Selbstbeherrschung stärker sind. (Beifall rechts.)

Abg. Sattler (nat.-lib.) sucht nachzuweisen, daß die von dem Abg. Bennigsen gegen Treitschke erhobenen Angriffe auf ganz anderen Voraussetzungen beruhen als der Abg. Ritter dies dargestellt hat. Auch Ritter habe früher für die Bewilligung gestimmt.

Abg. Ritter: Ich war darauf gefaßt, daß die Nachbaren meine früheren Reden in dieser Frage zu verwerthen versuchen würden, ich war sogar nach den Vorgängen bei den Wahlen darauf gefaßt, daß es in weniger liebenswürdiger Weise geschehen würde, als es der Vorredner gethan. Er wird aber darauf verzichten müssen, mich als Autorität für seine Abstimmung anzuführen. Er sollte, wenn er meine Reden so genau gelesen, wissen und hätte es erwähnen müssen, daß ich mich bereits bei der Generalsdebatte zum Etat mit Rücksicht auf die jetzigen Finanzverhältnisse für jetzt gegen die Bewilligung von Neu-Breisach erklärt habe. Ich habe auch 1882 die Frage als eine solche von keinerlei principieller Wichtigkeit erklärt, ich habe es auch früher stets abgelehnt, die Sache als eine große nationale Frage zu behandeln. Sie war für mich 1882, wie es damals ausdrücklich erklärt habe, ebenso wie heute, keine große Angelegenheit. Damals hatten wir noch Überschüsse, heut ein Deficit. Wir haben in diesem Jahr mit Rücksicht auf die jetzige Finanzlage dringlichere Forderungen zurückgestellt, als Neu-Breisach. 1882 haben wir dem damaligen Kriegsminister in der Budgetcommission in Aussicht gestellt, 1883 für die Vorlage zu stimmen. Das ist gethehen. Die Majorität des Hauses war aber anderer Meinung, sie lehnte die Forderung ab. Nun halte ich es aber nicht für richtig, daß die Regierung abgelehnte Vorlagen immer wieder einbringt. Mit Rücksicht auf die jetzige Finanzlage müssen wir, wie ich dies früher bereits erklärt habe, diesmal die Vorlage, wie mehrere anderen dringlicheren Vorlagen zurückstellen.

Die Forderung wird gegen die Stimmen der National-liberalen und der Conservativen abgelehnt.

Die für die Ergänzung der Befestigungen in Esslingen geforderte erste Rate von 3 Mill. M. wird auf 1½ Millionen herabgesetzt. Die Forderung von 2 855 415 M. zur Erweiterung bzw. Neuerwerbung von Artillerie-Schießplätzen um 1 600 000 M. vermindert, die geforderten ersten Raten resp. ersten Bauraten zum Neubau von Kasernen in Berlin, Külm, Danzig, Rathenow, Naumburg a. S. und Ratibor gestrichen. Gestrichen werden ferner die erste Rate für ein Kasernement in Schleswig und auch die erste Baurate für ein Kasernement für 2 Escadrons in Kassel; im Uebrigen wird das Kapitel bewilligt.

Nächste Sitzung: Dienstag.

England.

London, 17. Jan. Die anhaltende Arbeitslosigkeit im Lande verursacht jetzt, wo die Strenge des Winters sich fühlbar macht, eine gewisse Gährung unter den Taufenden von beschäftigungslosen Personen in London wie in den größeren Provinzialstädten. In Birmingham versammelten sich vorgestern mehrere Tausend brodlose Handwerker und Arbeiter auf einem Brachfeld in Aston, um zu erwägen, wie ihrer traurigen Lage abgeholfen werden könne. Alsdann zogen die Demonstranten nach dem Stadthause, um sich die Ratschläge des Bürgermeisters zu erbitten. Auf dem Wege dahin wurde der Versuch gemacht, einige Bäckereien zu stürmen, aber dem raschen Einschreiten der Polizei gelang es, einen Brodkrawall im Keime zu ersticken. Vor dem Stadthause wurde eine Deputation zu dem Bürgermeister entsandt, welche ihn dringend bat, schleunigst Maßregeln zur Linderung des Elends unter den beschäftigungslosen Einwohnern der Stadt zu ergreifen. Der Bürgermeister zuckte die Achseln

und äußerte die Besürchtung, daß das einzige Mittel zur Abwehr des Elends ein Wiederaufschwung des Handels sei, der indeß noch in weiter Ferne zu sein scheine. Schließlich versprach er Schritte zur Bildung eines Hilfsfonds thun zu wollen. Dieses Versprechen schien die Demonstranten zu befriedigen und sie gingen friedlich auseinander. — Gestern durchzogen die Demonstranten zu Tausenden die Hauptstraßen der Stadt, und ab und zu erklangen aus ihren Reihen Rufe, wie „Wir wollen Arbeit!“ „Dies wird ihnen zeigen, ob Elend existirt!“, aber im Ganzen genommen verlief die Kundgebung ruhig.

Serbien.

Belgrad, 17. Jan. Das gestohlene Postpaket, welches die Schmuckstücke der Königin Natalia enthielt, ist bei einem Uhrmacher Eyerlak aufgefunden worden. Heute Nachts sind hier und in Semlin in dieser Angelegenheit fünfzehn Verhaftungen vorgenommen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig, vor Januar 158,00 Br., 157 Gd., vor April-Mai 167 Br., 166 Gd. — Roggen loco unveränd., auf Termine ruhig, vor Januar 126 Br., 125 Gd., vor April-Mai 126 Br., 125 Gd. — Hafer und Gerste unveränd. — Rüböl ruhig, loco —, vor Mai 53%. Spiritus fest, vor Januar 33½ Br., vor Februar-März 33½ Br., vor März-April 33½ Br., vor April-Mai 33½ Br. — Kasse ruhig, Umlauf 2000 Sac. — Petroleum still, Standard white loco 7,10 Br., 7,00 Gd., vor Januar 6,95 Gd., vor Februar-März 7,05 Gd. — Wetter: Frost.

Bremen, 19. Januar. (Schlußbericht.) Petroleum besser. Standard white loco 6,95 bez. und Käufer, vor Februar 7,00 bez. vor März 7,10 Br., vor April 7,15 Br., vor August-Dezember 7,60 Br.

Frankfurt a. M., 19. Januar. Effecten-Societät. (Schlußbericht) Creditactien 256½, Franzosen 250, Lombarden 121, Galizier 218%, Ägypten 65, 4% ungar. Goldrente 79%, Gotthardbahn 108%, hess. Ludwigsbahn 109%. Abgeschwächt.

Amsterdam, 19. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, vor März 213. — Roggen loco höher, auf Termine geschäftlos, vor März 156, vor Mai —. — Rüböl loco 30%, vor Mai 30%, vor Herbst 30%.

Antwerpen, 19. Januar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffiniertes Type weiß, loco 18 bez. und Br., vor Januar — Br., vor Februar 17½ bez., 17½ Br., vor März 17½ Br., vor September-Dezember 19½ Br. — Ruhig.

Paris, 19. Jan. Rohzucker 88° fest, loco 33,75, Weißer Zucker fest, Nr. 3 vor 100 Kilogr. vor Januar 41,10, vor Februar 41,30, vor März-Juni 42,30, vor Mai-August 43,25.

Paris, 19. Jan. (Schlußbericht.) Produktionsmarkt Weizen fest vor Januar 21,25, vor Februar 21,30, vor März-April 21,60, vor März-Juni 22,10. — Roggen ruhig, vor Januar 16,40, vor März-Juni 16,75. — Mehl 9 Marques fest, vor Januar 46,10, vor Februar 46,10, vor März-April 46,60, vor März-Juni 46,90. — Rüböl ruhig, vor Januar 67,25, vor Februar 67,25, vor März-Juni 68,50, vor Mai-August 69,50. — Spiritus fest, vor Januar 44,50, vor Februar 45,00, vor März-April 45,25, vor Mai-August 45,75. — Wetter: Kalt.

Paris, 19. Jan. (Schlußcourse) 3% amortistbare Rente 81,85, 3% Rente 79,77½, 4½% Anleihe 109,87½, Italienische 5% Rente 97,30, Österreich. Goldrente 88%, 6% ungar. Goldrente —, 4% ungar. Goldrente 79,15, 5% Russen de 1877 —. III. Orientanleihe —. Franzosen —. Lombardische Eisenbahn-Aktionen 315,00, Lombard. Prioritäten 306,00. Neue Türken

16,12½, Türkensee 45,50, Credit mobilier —, Spanier neue 60,09, Banque ottomane 601,00, Credit foncier 1320, Leghyter 325, Suez-Aktionen 1845, Banque de Paris 735, Banque d'escrime 547, Wechsel auf London 25,31, Foncier égyptien —, Tabaksaktionen 511,25, 5% privileg. türk. Obligationen 395,30.

Liverpool, 19. Januar. Baumwolle. (Schlußbericht) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig, Surats stetig. Middl. amerikanische Januar-Februar-Lieferung 52½, Februar-März-Lieferung 59½, März-April-Lieferung 58½, April-Mai-Lieferung 61½, Mai-Juni-Lieferung 63½ d.

London, 19. Januar. Consols 99½, 4% preußische Consols 101½, 5% italien. Rente 95½. Lombarden 12%, 3% Lombarden alte, —, 3% Lombarden neue, —, 5% Russen de 1871 96½, 5% Russen de 1872 95½, 5% Russen de 1873 95½, 5% Türken de 1865 7½, 4% fundierte Amerikaner 125%. Osterr. Silberrente 67½, Osterr. Goldrente 86, 4% ungar. Goldrente 78, Neue Spanier 59%. Unif. Leghyter 64%, Ottomankbank 13%, Suezaaktionen 72½, Silber —, Blatzdiscont 3½ %.

London, 19. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen sehr ruhig, fremder unverändert, englischer kaum behauptet, Hafer ¼ sh. rheuter, Malzgerste und runder Mais 1 sh. Mahlgerste ½ sh. höher als vergangene Woche, amerikanischer Mais 1 sh. billiger. — Wetter: Kalt.

London, 19. Januar. Die Getreidezufuhren betragen in der Woche vom 10. bis zum 16. Januar: Engl. Weizen 2835, fremder 28799, engl. Gerste 2747, fremde 4415, engl. Malzgerste 21581, fremde —, engl. Hafer 220, fremder 34066 Tons. Engl. Mehl 17821, fremdes 25407 Sac.

London, 19. Jan. Havannazucker Nr. 12 13 nom. Rüben-Zucker 10% ruhig.

Productenmärkte.

Königsberg, 19. Januar. (v. Portafusius u. Grothe.) Weizen vor 1000 Kilo hochbunter 120/125 150,50, 126½ 153, 155,25, 129½ 157,50, 160, 130½ 164,75 M. bez., bunter 121/27 136,50 M. bez., rother 125½ 148,25, 127½ 153 Sommer 132½ 153 M. bez. — Roggen vor 1000 Kilo inländischer 118½ 126,25, 120½ 128,75, 122½ 130,50, 131,25, 124½ 133, 126½ 135,50 M. bez., russisch 120½ 117,50, 122½ 120 M. bez., vor Januar 150 M. Gd., vor Frühjahr 130 M. Gd. — Gerste vor 1000 Kilo große 131,50, 134,25, 137, 140 M. bez. — Hafer vor 1000 Kilo loco 128, 129, 130, 131, 132 M. bez., vor Januar 130 M. Gd., vor Frühjahr 130 M. Gd. — Erbsen vor 1000 Kilo weiße russ. 118,50, mac 104,50 M. bez., graue 137,75, 155,50 M. bez., grüne 125,50 M. bez. — Bohnen vor 1000 Kilo 120, 122,25, 124,50 M. bez. — Widen vor 1000 Kilo 137,75, 140, 141, 142,25 M. bez. — Leinsaat vor 1000 Kilo feine 202,75 M. bez., Rübßen vor 1000 Kilo Dotter russ. 125 M. Hedditch russ. ger. 97,25 M. Hanfsaat russ. 206, 207 M. bez. — Kleesaat vor 50 Kilo rothe 35, 40, 42,50 M. bez., weiße 35, 45, 48, 51, 60, 62 M. bez. — Thymothicum vor 50 Kilo 16, 18, 19, 19,50, 20 M. bez. — Spiritus vor 10 000 Liter % ohne Fäss loco 42½ M. bez., vor Januar 42½ M. Br., vor Januar-März 43½ M. Br., vor Frühjahr 44½ M. Br., vor Mai-Juni 45½ M. Br., vor Juni 45 M. Gd., vor Juli 45½ M. Gd., vor August 46½ M. Gd., vor Sept. 48 M. Br. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen fest, loco 152,00—163,00, vor April-Mai 167,50, vor Mai-Juni 169,50. — Roggen fest, loco 133—138, vor April-Mai 143,00, vor Mai-Juni 143,00. — Rüböl still, vor Januar 50,50, vor April-Mai 52,00. — Spiritus steigend, loco 41,80, vor Januar 42,00, vor April-Mai 44,40, vor Juni-Juli 45,70. — Petroleum loco 8,25.

Berlin, 18. Januar. Weizen loco 148—175 M., vor April-Mai 166—165½ M. bez., vor Mai-Juni 169—168½ M. bez., vor Juni-Juli 172 M. bez., vor

Juli-August 174½ M. bez. — Roggen loco 139—146 M. bez., geringer inländischer 141 M. guter inländischer 142½—144 M. ab Bahn bez., vor Januar 145 M. bez., vor Januar-Februar 145 M. bez., vor April-Mai 145—145½ M. bez., vor Mai-Juni 145½—145¾ M. bez., vor Juni-Juli 146—146½ M. bez., vor Juli 146½ M. bez., vor Sept.-Oktober 147½—148 M. bez.

— Hafer loco 139—162 M. ost- und westpreußischer 145 bis 148 M. pomm., ütermärkischer und mecklenburger 145—148 M. schlesischer und böhmischer 145 bis 148 M. mährischer und böhmischer 150—152 M. russischer 140—143 M. ab Bahn bez., vor April-Mai 143½ bis 143¾ M. bez., vor Mai-Juni 143½—144 M. bez., vor Juni-Juli — M. bez. — Gerste loco 122—185 M. Mais loco 138—143 M. amerikanischer — M. ab Bahn bez., vor April-Mai 122 M., vor Mai-Juni 122 M., vor Juni-Juli 122 M. — Erbsen loco vor 1000 Kilogr. Buttermaare 135—147 M. Kochwaren 153 bis 210 M. — Weizenmehl Nr. 00 23,00—21,00 M. Nr. 0 21,00—19,50 M. Nr. 0 u. 1 19,50—18,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 21,25 bis 20 M. Nr. 0 u. 1 19,75 bis 18,50 M. ff. Marken 21½ M. vor Januar 19,80—19,85 M. bez., vor Januar-Februar 19,80—19,85 M. bez., vor April-Mai 20,00—20,05 M. bez., vor Mai-Juni 20,10 M. bez. — Rüböl loco ohne Fäss — M. vor Januar 52 M. vor Januar-Februar 52 M. vor April-Mai 52,3 M. vor Mai-Juni 53,1 M. — Leinöl loco 48 M. — Petroleum loco — M. vor Januar 23,7 M. vor Januar-Februar — M. — Spiritus loco ohne Fäss 43,2 M. bez., vor Januar 43,5 M. bez., vor Januar-Februar 43,5 M. bez., vor April-Mai 44,7—45,2—44,9 M. bez., vor Mai-Juni 45—45,4—45,2 M. bez., vor Juni-Juli 46—46,2—46,1 M. bez., vor Juli-August 46,8—47,1—46,9 M. bez., vor August-Septbr. 47,2—47,6—47,4 M. bez.

Magdeburg, 19. Januar. Zucker. (Offizieller Bericht.) Tendenz: Ruhiger. — Granulated 24,50 M. Kry stallzucker I. 24—24,25 M. Kry stallzucker II. — M. Kornzucker von 96 % 19,90—20,20 M. exkl. Kornzucker von 95 % 16,90—19,10 M. exkl. Kornzucker Rend. von 88 % 18,90—19,10 M. exkl. Nachprodukt von 88 bis 92 % 14,40—16,40 M. exkl. Rend. 75% 15,60—16,00 M. exkl.

Wiehmarkt.

Berlin, 19. Januar. Städt. Centralviehhof. Amtl. Bericht der Direction. Zum Verkauf standen: 3200 Rinder, 8237 Schweine, 1250 Kälber, 5636 Hammel. — In Kindern sehr slaves Geschäft, zumal sich die Exporteure zurückhaltend zeigten. Wenn auch nicht gerade ein Preisrückgang notirt werden kann, so waren doch die vorwöchentlichen Preise nur mit Mühe zu halten. Es bleibt starker Überstand. Ia. brachte 56—59, II. 47—51, III. 40—43, IV. 36—38 M. vor 100 % Fleischgewicht. — Der Schweinemarkt verlief ziemlich rege, da über 2000 Schweine weniger aufgetrieben waren, als in vor. Woche, und wurde fast geräumt. Trotz unerheblichen Exports wurden mit Ausnahme der zu reichlich vertretenen Balonier höhere Preise erzielt. Mecklenburger 49—50, Pommern und gute Landschweine 46—49, Senger und Schweine III. Qualität 42—44 M. Serben 40—42 M. vor 100 % mit 20 % Tara; Balonier 44—45 M. vor 100 % mit 45—50 % vor Stück Tara. — Der Kälberhandel gestaltete sich schleppend zu Preisen des vorigen Freitags. Ia. 44—52 J., einzelne feine schwere Kälber bis 55 J., IIa. 30—42 J. vor % Fleischgewicht. — Am Umgangstage verlief wieder der Hammelmarkt, auf dem feinsten Waare nur mit erheblichem Preisnachlaß abzusetzen war, während gute, Mittel und geringere Waare, wenn auch schwer, die vor. Montagspreise im Durchschnitt halten konnte. Es verbleibt ziemlich starker Überstand. Ia. brachte 40—44 J., beste englische Lämmer bis 46 J., IIa. 34—38 J. vor % Fleischgewicht.

Berantwortliche Redaction der Zeitung, mit Auschluss der folgenden besonders bezeichneten Theile: 1. Römer — für den lokalen und privaten Theil, die Handels- und Schiffahrtssachen erläutern; 2. Klein — für die Zigarettenzeitung; 3. W. L. Käffmann; sämtlich in Danzig.